

POLITISCHE STUDIEN 494

Magazin für Politik und Gesellschaft

 Hanns
Seidel
Stiftung

71. Jahrgang | November-Dezember 2020 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

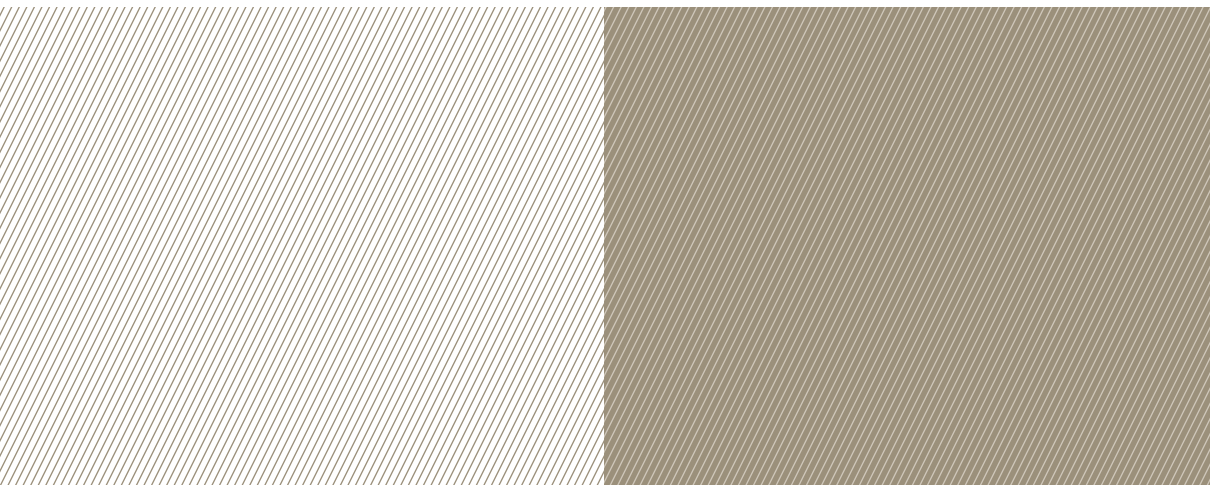
WELCHE BILDUNG BRAUCHEN WIR?



/// Im Zeitgespräch: Josef Braml zur Lage in den USA – S. 6

/// Heinrich Kreft: Die USA zwischen Rückzug und Engagement – S. 42

/// Frank Umbach: Der European Green Deal – S. 50





„ Bildung ist die GRUNDLAGE
von Vielem.

WIR MÜSSEN UNS BILDUNG LEISTEN

„Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung, keine Bildung.“ Diese Erkenntnis stammt von John F. Kennedy und er hat damit mehr als Recht. Bildung ist die Grundlage von Vielem: Ohne Wissen und seinem Einsatz ist keine Zivilisation möglich. Wir brauchen es zur Problemlösung, aber auch, um Fortschritt zu erzielen. Dies führt uns gerade die Corona-Pandemie eindrücklich vor Augen.

Aber die Bildungsdebatte ist ja schon lange im Gange. Klimawandel, Digitale Transformation und andere Megatrends beeinflussen unsere Gesellschaft. Und jetzt mischt auch noch das Virus mit und verdeutlicht die Defizite und Versäumnisse der Vergangenheit ganz drastisch. Wir müssen handeln und zwar jetzt: Wir brauchen heute eine gute Bildung für morgen. Eine Gesellschaft muss sich Bildung leisten, immer – auch in Krisenzeiten. Und für uns als Wissensgesellschaft mit dem Rohstoff „Geist“ ist sie sowieso essenziell. Da darf, da kann man nicht sparen. Bildung darf nicht an das Ende der To-do-Liste rutschen.

Corona hat die Bildungsdebatte aktuell nun wieder ganz nach vorne auf die Agenda gebracht. So viele sind unmittelbar davon betroffen und fordern dringend, dass gehandelt wird. Was braucht es für ein gutes und zukünftiges Bildungswesen? Das haben wir drei Fachleute aus Theorie und Praxis mit durchaus unterschiedlichen Ansichten und Ansätzen gefragt. Und wir fragen auch Sie, wie Ihre Meinung dazu ist. Welche Bildung brauchen wir für die Zukunft? Diskutieren Sie mit uns, liebe Leserinnen und Leser. Schreiben Sie uns. Wir freuen uns darauf.

Verena Hausner
ist Stv. Leiterin des Referats „Publikationen“
der Hanns-Seidel-Stiftung, München.



06

INHALT



26



34



42

IM FOKUS

- 14 WELCHE BILDUNG BRAUCHEN WIR?**
Einführung
VERENA HAUSNER
- 18 DIE BILDUNG DER ZUKUNFT**
Worauf kommt es an?
CORINNA STORM
- 26 DIE BEDEUTUNG DER MEDIEN FÜR DIE BILDUNG**
Ohne sie geht es nicht mehr
MANUELA PIETRAß
- 34 WAS IST GUTE BILDUNG HEUTE, WAS SIND GUTE SCHULEN MORGEN?**
Anmerkungen zur aktuellen Bildungsdebatte
HEINZ-PETER MEIDINGER

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

- 06 GESPALTENE USA**
Wohin steuert Amerika im 21. Jahrhundert?
JOSEF BRAML

ANALYSEN

- 42 DIE USA ZWISCHEN RÜCKZUG UND ENGAGEMENT**
Was bedeutet die Präsidentschaft Joe Bidens für Europa?
HEINRICH KREFT
- 50 DER EUROPEAN GREEN DEAL**
Strategische Perspektiven und Auswirkungen der Corona-Pandemie
FRANK UMBACH

AKTUELLES BUCH

- 60 TRUMP, TRUMPISMUS UND DIE USA**
Einblicke in das Weiße Haus
CHRISTIAN FORSTNER

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
- 63 REZENSIONEN**
- 73 JAHRESÜBERSICHT**
- 78 ANKÜNDIGUNGEN**
- 82 IMPRESSUM**



**/// IM ZEITGESPRÄCH:
DR. JOSEF BRAML**

ist Leiter des Amerika-Programms der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin, und Generalsekretär der Deutschen Gruppe der Trilateralen Kommission.

/// Wohin steuert Amerika im 21. Jahrhundert?

GESPALTENE USA

Josef Braml ist ein renommierter Kenner Amerikas und seiner Politik. Auf seinem Blog „usaexperte.com“ veröffentlicht er regelmäßig aktuelle Analysen dazu. Wir haben uns mit ihm zur momentanen Situation in den USA und den Präsidentschaftswahlen im November 2020 unterhalten. Im nachfolgenden Interview gibt er uns dazu Ein- und Ausblicke.

Politische Studien: Donald Trump und Joe Biden bezeichneten die Wahl am 3. November als die wichtigste Wahl in der Geschichte Amerikas. Worum ging es für Amerika, Europa und die Welt?

Josef Braml: Bei den Kongress- und Präsidentschaftswahlen in den USA ging es um nichts weniger als die Zukunft der amerikanischen Demokratie und der internationalen Weltordnung. 2016 haben sich die Amerikaner mit der Wahl Trumps entschieden: Gegen das politische Establishment in Washington, gegen ihre Rolle als globale Ordnungsmacht und gegen das freiheitliche Amerika, das vielen Menschen weltweit, vor allem uns Europäern, Vorbild und Orientierung war. Trump hat bereits sehr viel Schaden angerichtet und hätte in einer zweiten Amtszeit sicher noch mehr nationale und internationale Ordnungsstrukturen eingerissen. Unter Biden wird Amerikas mutwillige Zerstörung etwa der Welthandelsorganisation und der Vereinten Nationen ein Ende nehmen. Er wird die regelbasierte Ordnung, die die USA nach zwei desaströsen Weltkriegen aufgebaut haben, sicherlich erhalten wollen.

Der Instinkt-Politiker Donald Trump hat, obwohl selbst kein Politik-Profi, 2016 verstanden, wie enttäuscht und frustriert viele Amerikaner sind und wie tief die Anti-Washington-Stimmung sitzt. Trump machte vier Jahre Politik für seine Wähler-Basis, aber befriedete das Land nicht. Wie explosiv ist die Stimmungslage in Amerika?

Der Populist Donald Trump hat es mit seiner für viele auch unterhaltsamen Schlammschlacht geschafft, Menschen wieder für das politische Geschehen zu begeistern, die sich davon schon lange verabschiedet hatten. Er gibt den Ohnmächtigen wieder eine Perspektive und, viel wichtiger, eine Stimme. Denn immer mehr weiße Amerikaner haben Abstiegsängste. Sie befürchten, dass ihnen Afroamerikaner, Latinos und asiatische Einwanderer den Rang ablaufen. Auch Amerikas Position in der Welt scheint gefährdet zu sein. Trump verstärkte diese Ängste, gab aber zugleich den starken Führer, der einfache Lösungen für komplizierte Probleme anbot, um zunächst hispanische Einwanderer und globale Herausforderer wie China in die Schranken zu weisen. Mit seinen fremden-

”

Mit der Besetzung von nunmehr drei Obersten Richtern auf Lebenszeit hat Trump eine „moralische Mehrheit“ **ZEMENTIERT.**

feindlichen Parolen begeisterte er seine Anhänger, die in erster Linie weiße, weniger gebildete Amerikaner sind. Aber damit hat Trump das Land noch mehr gespalten. Und dieser innere Unfriede wird sich auch nach den Wahlen – auch unter Joe Bidens Führung – weiterhin auf die Außenpolitik der Weltmacht auswirken.

Donald Trump kaperte die Republikanische Partei und drückte ihr seinen inhaltlichen Stempel auf: Anti-Freihandel, Anti-Globalisierung, Anti-Migration, Anti-Allianzen. America First-Nationalismus ist das Grundprinzip der Trump-Ideologie, des sogenannten Trumpismus. Damit traf Donald Trump den Nerv vieler Amerikaner.

Die international orientierte republikanische Finanzelite und intellektuelle Neo-Konservative haben Trumps Erfolg mit Erstaunen und Entsetzen kommen sehen. Seinen kometenhaften Aufstieg konnten sie dennoch nicht verhindern, denn in den USA gibt es keine Parteien nach unserem Verständnis. Sie spielen keine Rolle in der Politikgestaltung. Selbst ihre Minimalfunktion als Wahlvereine

haben sie mittlerweile an Interessensgruppen und Milliardäre verloren – dank der Urteile des Obersten Gerichts, das Geldspenden als Form der Meinungsfreiheit absegnete, die nicht beschnitten werden dürfe. Damit wurde in den USA einmal mehr eine Geldherrschaft etabliert. Doch Trump, der sich aufgrund seines angeblichen Reichtums, als unabhängig darstellt, hat seine Geldgeber nicht nur erfreut. Er hat zwar dafür gesorgt, dass der Staat deren Geschäfte noch weniger besteuert und reguliert. Mit seinem nationalistischen Wirtschaftskurs vereitelte er jedoch auch vielen Unternehmern ihre internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Nach vier Jahren Donald Trump: Was bleibt vom Trumpismus?

Mit der Besetzung von nunmehr drei Obersten Richtern auf Lebenszeit hat Trump eine in den USA sogenannte „moralische Mehrheit“ zementiert – weit über seine Amtszeit hinaus. Mit der Benennung von Amy Coney Barrett konnte Trump eine weitere Richterin in dem neunköpfigen Gremium installieren und damit eine konservative Mehrheit etablieren, die

”

Bei den Kongress- und Präsidentschaftswahlen ging es um die **ZUKUNFT** der amerikanischen Demokratie und der internationalen Weltordnung.

eine Reihe sozialer und wirtschaftlicher Grundsatzfragen, etwa der Sexualmoral wie Abtreibung oder Regulierungen wirtschaftlicher Aktivitäten im Sinne seiner erzkonservativen Unterstützer entscheidet. Mit der Richter-Besetzung konnte US-Präsident Trump schließlich auch präsidentielle Machtbefugnisse ausdehnen. Über seine Amtszeit hinaus bestimmen die Richter die Kräfteverhältnisse im US-System der „checks and balances“, der konkurrierenden und sich damit gegenseitig kontrollierenden politischen Gewalten.

Es gibt viele Bücher zu Donald Trump mit beachtlichen Einblicken in die Trump-Administration. Meist sind es großartig analysierte Verrisse. Was bleibt von vier Jahren Donald Trump, was ist das Vermächtnis von Donald Trump und kann man ihm nicht wenigstens zugutehalten, wichtige und bislang vernachlässigte Themen auf die politische Agenda gesetzt zu haben?

Donald Trumps Wahlsieg überraschte viele internationale Beobachter, aber auch viele Experten in den USA selbst, weil sie die tieferliegenden, schon seit Längerem schwelenden sozio-ökonomischen Konflikte über-

sahen, die der New Yorker Milliardär für sich auszunutzen wusste. Von diesen strukturellen Grundlagen handelt mein immer noch aktuelles Buch „Trumps Amerika“, das in seiner Erstauflage knapp ein Jahr vor Trumps Wahl veröffentlicht wurde, um Verantwortliche und Interessierte auf die insbesondere Deutschland und Europa betreffende Schiefelage hinzuweisen, die auch nach Trumps Regierungszeit bestehen bleiben wird. Trump ist nur ein Symptom grundlegender Probleme in den USA, die gleichwohl von ihm noch verschärft worden sind. Jene Mitläufer, die heute ihre sogenannten Einblicke zu Geld machen, tragen Mitverantwortung, weil sie sich bereitwillig von ihm instrumentalisieren ließen.

2016 traten die beiden unbeliebtesten Kandidaten in der Geschichte Amerikas gegeneinander an: Donald Trump und Hillary Clinton. 2020 wurde der narzisstische Populist Donald Trump von einem bisweilen etwas senil wirkenden, weißen und doch schon älterem Mann herausgefordert, der seit einem halben Jahrhundert zur Washingtoner Elite gehört. Warum bringt das politische System Amerikas keine überzeugenderen Bewerber um das mächtigste Amt der Welt hervor?

”

Trump ist nur ein SYMPTOM grundlegender Probleme in den USA, die von ihm noch verschärft wurden.

”

Trump kann auch mit der MANGELNDEN Problemlösungskompetenz des politischen Systems erklärt werden.

Es ist bezeichnend, dass nach der Euphorie der vergangenen Kongresswahlen, in denen viele Wahlsiege von jüngeren Frauen unterschiedlicher ethnischer Herkunft gefeiert wurden, nun doch wieder zwei ältere weiße Herren im Rennen um das höchste Amt sind. Als Hüter des Erbes der weißen Herrschaft versuchte Trump, den harten Kern seiner weißen Wähler zu mobilisieren und wäre damit beinahe erfolgreich gewesen. Trumps Einsatz von Polizei- und Militärgewalt gegen Menschen, die friedlich gegen Rassenungleichheit demonstrieren, hätte aber auch ein Menetekel für das künftige Vorgehen einer älteren weißen Minderheit gegen das Aufbegehren einer jüngeren, bald afroamerikanischen und hispanischen Mehrheit in den USA sein können. Indem Hispanics und Afroamerikaner von der Staatsmacht eingeschüchtert, kriminalisiert und damit nicht zuletzt auch vom Wählen abgehalten wurden, versuchte der amtierende Präsident, seine Wiederwahl zu betreiben.

Donald Trump schürt weiterhin Zweifel, ob er seine Wahlniederlage akzeptieren und einen geordneten Machtwechsel er-

möglichen wird. Wie stabil ist das politische System der ältesten Demokratie der Welt? Halten die Institutionen diesen Stresstest aus?

Ich halte es für sehr bedenklich für die politische Kultur des Landes, dass beide Seiten annahmen, dass eine Niederlage ihres Kandidaten nur mit Unregelmäßigkeiten und Wahlfälschungen zu erklären sein würde. Amerikanische Präsidenten haben ohnehin keine breite Legitimationsbasis, wenn man bedenkt, dass selbst bei einer dieses Mal für US-Verhältnisse sehr hohen Wahlbeteiligung von 66% der Sieger Biden nur knapp ein Drittel der Wahlberechtigten hinter sich versammelt hat. Wenn dieses Ergebnis dann auch noch angezweifelt wird, hat der nächste Präsident noch weniger „politisches Kapital“, um die anstehenden schwierigen Probleme des Landes anzupacken. Das „Phänomen“ Trump kann auch mit der mangelnden Problemlösungskompetenz des politischen Systems erklärt werden, die wiederum durch die Polarisierung und Blockade begründet ist. Selbst im Falle eines mehr oder weniger friedlichen Machtwechsels dürfte beides weiter verschärft werden.



Nach dem Ansinnen Washingtons darf dem **STRATEGISCHEN** Rivalen China künftig nicht mehr durch wirtschaftlichen Austausch geholfen werden, ökonomisch und technologisch aufzusteigen.

Heftige innenpolitische Probleme, außenpolitisch auf dem Rückzug und kolossaler Vertrauensverlust international. Sind die USA heute noch die auserwählte Nation mit demokratischer und moralischer Vorbildfunktion für die Welt?

Das Leitbild amerikanischer Außenpolitik bewegte sich im Laufe ihrer Geschichte kontinuierlich zwischen Absonderung von der Welt und missionarischem Drang zur Weltverbesserung. Der selbstverständliche Ausnahmecharakter der USA, der sogenannte Exzeptionalismus, manifestierte sich dementsprechend in unterschiedlicher Weise: Zum einen, indem die „city upon a hill“ (so der puritanische Pionier John Winthrop) selbstgenügsam der Welt als leuchtendes Vorbild diente, zum anderen, indem sie die Welt aktiv verändern wollte, sei es mit diplomatischen oder militärischen Mitteln, sei es durch Alleingänge oder mit Unterstützung anderer Staaten. Obschon vorschnell das Ende der Geschichte, der Siegeszug liberaler Demokratien unter US-Führung, gefeiert wurde, geht die Geschichte absehbar mit einer epochalen Systemrivalität zwischen den USA und China weiter.

Wird auch das 21. Jahrhundert ein amerikanisches Jahrhundert sein? Oder werden sich die USA weiter aus der Welt zurückziehen und andere Regionalmächte bzw. neue Weltmächte in dieses Vakuum drängen? Wenn die Pax Americana zu Ende geht, wird die Welt stabiler mit weniger Amerika?

Nach dem Ansinnen Washingtons darf dem strategischen Rivalen China künftig nicht mehr durch wirtschaftlichen Austausch geholfen werden, ökonomisch und technologisch aufzusteigen. Vielmehr muss mit allen Mitteln verhindert werden, dass China die USA in den technologischen Schlüsselbereichen überholt. Um Chinas ökonomische und militärische Modernisierung zu drosseln, forcieren die Vereinigten Staaten anstelle der bisherigen Politik der Einbindung und Integration eine Strategie der wirtschaftlichen Entkoppelung (decoupling). Die Corona-Pandemie hat diesen De-Globalisierungstrend verstärkt. Immer mehr Firmen in den USA und Europa versuchen, auf Kosten der „Effizienz“, etwa der bisherigen international vernetzten Just-in-time-Produktion, mehr „Resilienz“ zu gewinnen.

Zum Abschluss die Frage zum Wahlergebnis: Amerika hat am 3.11. gewählt. Was sagt uns dieses Ergebnis und was bedeutet es für die amerikanische Politik der nächsten Jahre?

Bereits vor dem 3. November sollte uns klargeworden sein, dass unabhängig vom Ausgang der US-Wahlen die USA China künftig noch stärker ins Visier nehmen werden. Steigende chinesisch-amerikanische Spannungen werden nicht nur spaltende Wirkung auf multilaterale Organisationen wie die Welthandelsorganisation, sondern auch erhebliche Auswirkungen auf „Dual Options“-Länder wie Deutschland haben, die starke nationale Sicherheitsbeziehungen zu den USA unterhalten, aber ebenso umfangreiche wirtschaftliche Beziehungen mit den USA und China pflegen. Im Ringen um technopolitische Einflussphären werden die USA – auch unter Bidens Führung – den Druck auf Drittstaaten verstärken und sie vor die Wahl stellen, entweder mit Amerika oder mit China Geschäfte zu betreiben. Eine in chinesische und amerikanische Standards und Systeme zweigeteilte Welt ist die Folge.

Die Fragen stellte Christian Forstner, Leiter des Auslandsbüros Washington, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///

/// Einführung

WELCHE BILDUNG BRAUCHEN WIR?

VERENA HAUSNER /// Im Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft wird Bildung nicht nur immer wichtiger, sondern auch zum Megatrend. Wissenskultur und Wissensarbeit werden zukünftig im Vordergrund stehen und unweigerlich auch für entsprechende Veränderungen in der Bildungslandschaft sorgen. Die Digitale Transformation ist hier sicher nur ein Anfang.

Die Welt verändert sich, nicht nur aufgrund der derzeit grassierenden Corona-Pandemie. Globalisierung, Digitalisierung und Neo-Ökologie haben bereits gesellschaftliche Veränderungen und Umbrüche in Gang gesetzt. Das

sollte und wird sich auch auf unsere Bildungslandschaft auswirken.

Dies zeigt sich bereits mit der Digitalisierung, die mittlerweile auch vermehrt in den Lehrbereich Einzug findet. Neue Medien werden als Unterrichtsmittel eingesetzt und nicht zuletzt bedingt durch Corona findet der Lehrbetrieb zunehmend online statt. Aber auch andere Entwicklungen und Einflüsse machen sich gesellschaftlich durch sogenannte Megatrends bemerkbar. Man denke dabei z. B. nur an den Megatrend Konnektivität, das Prinzip Vernetzung, das den gesellschaftlichen Wandel dominiert. Digitale Kommunikationstech-

Gesellschaftliche Umbrüche werden auch die BILDUNGSLANDSCHAFT verändern.



Quelle: iStock.com/SasinParaksa

nologien reprogrammieren die Gesellschaft, neue Verhaltensmuster und Lebensstile entstehen. Dafür brauchen Menschen IT- und Netzwerkkompetenzen, also Bildung.

Diesen Trend beleuchtet auch u. a. die Bildungsexpertin Corinna Storm in ihrem grundlegenden Eingangsbeitrag. Denn wir sind auf dem Weg zur Wissenskultur und diese erfordert als Ressource lebenslanges Lernen sowie Konnektivität. Die Autorin zeigt auf, wie sich dies auf die gesellschaftlichen Bereiche und insbesondere auf die Bildung auswirken wird. Der Inhalt von Bildung muss sich aber auch an den Erfordernissen der Zeit orientieren, meint Storm. Sie stellt infolgedessen die Voraussetzungen an eine Schule der Zukunft dar und folgert, dass diese auch einen entsprechenden Wandel im Denken und im System erfordern. Der bayerische LehrplanPLUS kommt den genannten Skills mit seiner konsequenten Ausrichtung auf Kompetenzfähigkeit und seiner fächerübergreifenden Orientierung be-

reits nach. Auch das Einüben demokratischer Prozesse sowie von Partizipation, für die Ausbildung zu mündigen Bürgern grundlegend und unabdingbar, wird in diesem Rahmen berücksichtigt.

Megatrends und eine Wissenskultur erfordern NEUE Bildungskonzepte.

Corinna Storm wünscht sich für die Entwicklung zukünftiger Konzepte und eine gelingende Bildung für morgen die notwendigen pädagogischen, zeitlichen, räumlichen und finanziellen Spiel- und Freiräume.

Mit der Bedeutung der Medien für die Bildung beschäftigt sich eingehend die Professorin Manuela Pietraß von der Universität der Bundeswehr München.

Die digitalen Medien ermöglichen ihrer Meinung nach einen multiperspektivischen Sprung in die Erkenntnisentwicklung und Problemlösung. Sie zeigt in ihrem Beitrag auf, wie neue Techniken dafür genutzt werden können. Innovative mediale Darstellungsmöglichkeiten bieten auch neue Anwendungsmöglichkeiten wie z. B. interaktive und responsive Kommunikation und dies zeitlich und räumlich unbegrenzt. Lernprozesse können auch sehr viel individueller gestaltet und sicht- und vergleichbar gemacht werden. Für die Bildung der Zukunft sieht Pietraß den Einsatz von Medien als unverzichtbar an. Unabdingbar ist für sie aber auch die Weiterentwicklung zur Multiaktionalität, so dass „über ein einziges Ausgabegerät Erleben und Wissen über verschiedene Sinneskanäle, verschiedene Medien und verschiedene Formen der Interaktion zugänglich sind“. Es soll sich ein Fenster zur – virtuellen – Welt öffnen, für jeden, wann und wo auch immer.

Die digitalen Medien ermöglichen eine MULTIPERSPEKTIVISCHE Erkenntnisentwicklung und Problemlösung.

In die immerwährende Bildungsdebatte schaltet sich aus Sicht der Lehrenden auch der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, mit seinen Anmerkungen ein. Er wehrt sich in seinem Beitrag gegen eine Generalkritik am herrschenden Schul-

system und plädiert vielmehr für eine Stärkung der Kernpunkte guter Bildung. Dies bedeutet für ihn neben dem Erhalt grundlegender Werte als Bildungsziel durchaus auch das Aufnehmen neuer gesellschaftlich relevanter Inhalte, jedoch ohne einer damit einhergehenden überbordenden Ausweitung des Fächerkanons. Neue Inhalte können seiner Meinung nach gut in die bestehende und bewährte Fachstrukturierung integriert werden und bei aller notwendigen fachlichen Relevanz weist er nachdrücklich auf die grundlegende Bedeutung von Allgemeinwissen und den Erwerb von Methodikfähigkeiten hin. Inhalte erfassen und komplexe Zusammenhänge begreifen zu können, sowie darauf basierend Entscheidungen zu treffen, ist lebensbildend. Für Meidinger ist das Kernziel von Bildung nach wie vor, „die Kinder zu selbständigen mündigen Bürgern zu erziehen, die in der Lage sind, ihr Leben und ihre Umwelt mitzugestalten [...]“.

Er ist aber gegenüber Neuem wie z. B. der Digitalisierung im Schulbetrieb durchaus auch aufgeschlossen, mahnt dabei aber an, sich nicht allein auf die Technik zu fokussieren, sondern auch an die „Digitale Bildung“, also den angemessenen inhaltlichen Umgang damit, zu denken. Auch hier muss seiner Meinung nach das humanistische Bildungsverständnis von Wertevermittlung und Demokratieverständnis Eingang finden, damit unsere Schulen die gesellschaftliche Verantwortung auch zukünftig noch tragen können und werden.

In der PISA-Studie der Organisation für wissenschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von 2018 zeigte sich, dass die Schüler in Deutschland im Bereich „Globale Kompetenz“ im weltweiten Vergleich ganz gut abge-

Grundlegende WERTE als Bildungsziel sollten beibehalten werden.



/// VERENA HAUSNER
ist Stv. Leiterin des Referats „Publikationen“,
Hanns-Seidel-Stiftung, München.

schnitten haben. In einer Wissensgesellschaft sind aber auch Kompetenzen wie Herstellung von Kontexten, Problemlösung und Kreativität gefragt. Entscheidender als das „Wissen, dass“ wird das „Wissen, wie“. Und neben persönlicher Resilienz werden auch soziale Skills immer wichtiger. Diese Anforderungen einer Wissensgesellschaft greifen im Grunde aber auch das Humboldt'sche Bildungsideal einer ganzheitlichen Persönlichkeit und lebenslanges Lernen wieder auf. Wir brauchen dafür aber auch wieder neues Lernen, mit neuen Inhalten, neuen Mitteln und neuen Kompetenzen, welches sich nicht mehr rein an einer Wissensökonomie orientiert. Dem muss unser Bildungssystem Rechnung tragen, um auch morgen noch zukunftsfähig zu sein. ///

/// Worauf kommt es an?

DIE BILDUNG DER ZUKUNFT

CORINNA STORM /// Ausgehend von den heutigen Megatrends werden die Herausforderungen, auf die sich kommende Schülergenerationen einstellen müssen, beleuchtet. Was muss Bildung leisten, um auf die Komplexität unserer Welt vorzubereiten und welche Konsequenzen können Schulen daraus ableiten?

Über die Zukunft sichere Aussagen machen zu wollen, erscheint kein leichtes Unterfangen zu sein. Denn schon oft in der Geschichte kam es zu unvorhergesehenen Ereignissen, die dann, anders als in Prognosen vorhergesagt, die Zukunft in eine völlig andere Richtung veränderten. So hat wohl auch dieser Tage kaum jemand mit einer Pandemie, wie wir sie derzeit erleben, ernsthaft gerechnet. Corona wird uns allerdings noch eine Weile begleiten, beginnt aber schon jetzt, in verschiedenen Bereichen Einfluss auf die Zukunft zu nehmen. In den letzten Monaten war in den Medien häufig zu lesen, dass die Corona-Pandemie wie ein Brennglas sei, das in vielen Bereichen

Defizite und zukünftige Herausforderungen aufscheinen lasse. Tatsächlich wurde in dieser Zeit z. B. die Bedeutung von großen Themen wie Globalisierung, Gesundheit oder Sicherheit spürbar. All diese Phänomene bilden sogenannte Megatrends ab, die unsere Zukunft nach jetzigen Erkenntnissen maßgeblich mitbestimmen werden.

Corona wirkt in vielen Bereichen wie ein BRENNGLAS.



Hat das herkömmliche Klassenzimmer bald ausgedient? Neue Lernansätze erfordern auch neue Zeit- und Raumkonzepte.

Drei Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um überhaupt von einem Megatrend sprechen zu können: Sie müssen eine Halbwertszeit von mindestens 25 bis 30 Jahren aufweisen, sich in allen Lebensbereichen zeigen und dort Auswirkungen haben und sich durch einen globalen Charakter auszeichnen, der allerdings nicht überall gleich stark ausgeprägt sein muss.

Wollen wir uns also mit den Herausforderungen einer Bildung der Zukunft beschäftigen, gilt es, zunächst einen Blick auf solche anzunehmenden Entwicklungen zu werfen, auf die Bildung vorbereiten muss. Vor allem beschäftigt sich damit die Zukunftsforschung, die wissenschaftliche Analysen von Zu-

kunftsbildern erstellt und so mögliche, wahrscheinliche, aber auch wünschbare zukünftige Entwicklungen überhaupt erst sichtbar macht und sie für andere Forschungszweige, aber auch für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft als Impuls zur Diskussion stellt. Das Zukunftsinstitut, das inzwischen als die wohl einflussreichste futuristische Denkfabrik im deutschsprachigen Raum gilt, weist derzeit zwölf Megatrends aus, die unser Leben auf verschiedene Art beeinflussen. Beispielhaft sei hier auf die Megatrends verwiesen, die ganz unmittelbar unser Thema „Zukunft der Bildung“ berühren, so z. B. „Wissenskultur“, „Konnektivität“, „Globalisierung“ und „Neo-Ökologie“.

Megatrends unserer Zeit Wissenskultur

Der Megatrend Wissenskultur besitzt eine ungebrochene Wirkung. Wir leben in einer Wissensgesellschaft, in der Wissen immer mehr zur wichtigsten Ressource des modernen Menschen wird, denn dieser muss verstärkt in der Lage sein, komplexe Zusammenhänge zu verstehen, um schnell auf die sich rasant verändernden Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft reagieren zu können. Lernen wird damit zum lebenslangen Lernen und die Bereitschaft, immer wieder Fort- und Weiterbildungen zu durchlaufen, gehört zu einer wichtigen Fähigkeit, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Wissen wird dabei immer mehr zum Allgemeingut. In dezentralen Strukturen gesammelt, steht es mit den entsprechenden Werkzeugen wie z.B. Smartphone, Tablet oder PC permanent zur Verfügung. Vor allem im Zusammenspiel mit dem Megatrend Konnektivität wird unser Wissen über die Welt besonders über unsere Form der Informationsbeschaffung immer mehr verändert, wodurch u. a. auch neue Innovationsformen sowie Möglichkeiten des gemeinsamen Arbeitens und Forschens entstehen.

Konnektivität

Laut Zukunftsinstitut ist Konnektivität der wirkungsmächtigste Megatrend. Er durchzieht nahezu alle Lebensbereiche. Ob Schule, Arbeit, Wirtschaft und Industrie oder Privates, das Prinzip der Vernetzung dominiert den gesellschaftlichen Wandel. Durch digitale Kommunikationstechnologien wird unser Leben grundlegend verändert. Es entsteht mehr Transparenz und soziokulturelle Codes werden z.T. neu definiert, wodurch auch neue Lebensstile und Ver-

Der Megatrend **KONNEKTIVITÄT** dominiert den gesellschaftlichen Wandel.

haltensmuster entstehen können. Einmal mehr stellt sich die Frage, wie wir leben wollen und welche Werte und Normen uns dabei wichtig sind. Zudem sind auch neue Kompetenzen gefordert, die zum Umgang mit diesen Netzwerken befähigen und zum Verstehen des digitalen Wandels beitragen.

Globalisierung

Der Megatrend Globalisierung bildet die zunehmende wirtschaftliche, politische, soziale sowie kulturelle Vernetzung der Menschen und Länder ab. Neben wirtschaftlicher Zusammenarbeit und weltweiter Arbeitsteilung sowie grenzüberschreitendem Handel umfasst die Globalisierung auch den internationalen Austausch von Technologien, Wissen, Ideen sowie von Kulturen, Traditionen und internationaler Migration. Neben vielen positiven Aspekten wie z.B. der Verringerung der weltweiten Armut, der Steigerung von Produktivität, dem damit einhergehenden Wirtschaftswachstum sowie den für viele Menschen gestiegenen Entwicklungsmöglichkeiten stellt die Globalisierung uns auch vor Herausforderungen, die es in der Zukunft zu bewältigen gilt. So hat die Globalisierung z.B. auch die Wohlstandsunterschiede zwischen und z.T. innerhalb einzelner Länder verstärkt. Geringqualifizierte finden inzwischen auch in Industrieländern verschlechterte Arbeits- und

Einkommenschancen vor, da diese Arbeiten in anderen Ländern kostengünstiger durchgeführt werden können. Dies kann u. a. zu sozialen Spannungen und zu Verunsicherungen führen.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Arbeitsteilung in der Herstellung von Gütern nicht nur positive Aspekte besitzt, wenn dadurch z.B. lebenswichtige Produkte wie Medikamente oder medizinische Geräte krisenbedingt nicht mehr lieferbar sind. Ebenso können Handelskriege, diplomatische Krisen oder Cyber-Angriffe zu enormen Problemen für einzelne Länder und die dort lebenden Menschen führen. Um all diesen Herausforderungen auch zukünftig begegnen zu können, bedarf es auf verschiedenen Ebenen eines Umdenkens und kreativer sowie innovativer Lösungsansätze. Bildung stellt hier einen wesentlichen Schlüssel dar, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

Neo-Ökologie

Ein weiterer Megatrend, der eng mit der Globalisierung verknüpft ist, zeigt sich in der Neo-Ökologie. Dabei handelt es sich um eine Verbindung zwischen Ökonomie und Ökologie, die auf einer gesunden Basis gesellschaftlicher Veränderungsbereitschaft fußen soll. Im Verständnis der Neo-Ökologie soll eine nachhaltige Entwicklung auf eine optimistische, pragmatische und v. a. ganz-

heitliche Art und Weise erreicht werden. Dabei gilt es, Nachhaltigkeit und Effizienz in allen Bereichen mitzudenken und v. a. auch umzusetzen. Dies bedarf neben dem Willen der Beteiligten auch der entsprechenden technologischen Innovationen, die sich in Politik und Gesellschaft durchsetzen müssen. Der Megatrend Neo-Ökologie bringt, neben einer Neuausrichtung der Werte der globalen Gesellschaft, auch die der Politik und Kultur mit sich und verändert somit auch das unternehmerische Denken und Handeln. Ebenso verlangt er von jedem Einzelnen ein reflektiertes Handeln, dem das Bewusstsein zugrunde liegt, eben in Einer Welt zu leben. Auch hier muss Bildung entsprechende Kompetenzen sowie das notwendige Wissen anbahnen, um entsprechend agieren zu können.¹

Konsequenzen für eine Bildung der Zukunft

Die angeführten Megatrends stellen zwar nur eine Auswahl dar, verdeutlichen aber doch die Herausforderungen, vor denen wir stehen und für die wir uns wappnen müssen. Bildung stellt dabei, wie zuvor schon angemerkt, eine der wichtigsten Ressourcen dar, über die der Einzelne verfügen kann. Wie muss diese Bildung aussehen, worauf sollte sie das Individuum vorbereiten? Reicht es aus, über die notwendigen Kompetenzen zu verfügen und bedarf es weiterhin nur eines Basiswissens, wie es in den einzelnen Fächern unserer Schulen vermittelt wird?

Wandel im Denken und im System: LehrplanPLUS

Fakt ist sicherlich, dass sich der Inhalt von Bildung an den Erfordernissen der jeweiligen Zeit orientieren muss. Der bayerische LehrplanPLUS versucht dem heute schon gerecht zu werden, indem er

Die Neo-Ökologie erfordert eine Neuausrichtung der Werte und **REFLEKTiertes Handeln.**

konsequent auf Kompetenzorientierung ausgerichtet wurde. Der Erwerb von Kompetenzen ist insofern wichtig, als dass diese sich durch die Verbindung von Wissen, Haltung und Handlung auszeichnen.² In einer Welt, in der Wissen schnell überholt erscheint, die voranschreitende Digitalisierung Wirtschaft, Arbeitsmarkt und unser privates Leben massiv und v. a. in einem rasanten Tempo verändert, die Heterogenität zunimmt und Umweltveränderungen dringend zum Handeln zwingen, kann Wissen allein aber nicht ausreichen. Denn, obwohl wir z. B. um den Klimawandel und die voranschreitende Umweltzerstörung seit Jahren wissen, die Auswirkungen sogar zunehmend spüren, halten wir nach wie vor überwiegend am Status quo fest. Auch wissen wir um die Vorzüge des Sports, die negativen Wirkungen von einigen Genussmitteln und die Vorteile einer gesunden Ernährung. Dennoch gelingt es offensichtlich nur wenigen, allein aus diesem Wissen heraus ihr Verhalten zu ändern. Der Münchner Hirnforscher Ernst Pöppel gibt mit seiner Unterscheidung dreier Wissenstypen laut Olaf-Axel Burow einen Hinweis darauf, wie es gelingen könnte, die Diskrepanz zwischen Einsicht und Handeln zu verringern. Werfen wir dazu kurz einen Blick auf die drei Typen von Wissen:

- **Typ 1:** Das explizite oder begriffliche Wissen umfasst v. a. Fachwissen wie z. B. Schul- und Allgemeinwissen. (Nennen, Sagen)
- **Typ 2:** Das implizite oder Handlungswissen umfasst unbewusst vorhandene Handlungsanweisungen, über die wir nicht nachdenken müssen. Wer z. B. einmal Fahrradfahren gelernt hat, kann dies i. d. R. für den Rest seines Lebens ausüben. (Schaffen, Tun)

- **Typ 3:** Das bildliche oder Anschauungswissen („pictorial knowledge“) umfasst das, was wir uns in bildlicher Form merken wie z. B. Symbole und Grafiken, die Zusammenhänge ausdrücken oder Erinnerungen von Erlebnissen, die in Form von Bildern und Situationen abgespeichert wurden.

Der Pädagogikprofessor Burow weist darauf hin, dass unser Denken, Fühlen und Handeln v. a. durch das Zusammenwirken dieser drei Wissenstypen bestimmt wird. Alle drei haben durchaus ihre Berechtigung, können aber nur in einem hinreichenden Zusammenspiel einen Wandel hervorbringen. Noch fokussieren Schulen zu stark auf den ersten Wissenstypus, das explizite Wissen. Dieser Typ ist zwar ausgezeichnet dafür geeignet, komplexe Zusammenhänge zu verstehen, doch bleibt die Wirkung auf vernünftiges Handeln gering. Der zweite Wissenstyp, das implizite oder Handlungswissen, erscheint insbesondere in Bezug auf die praktischen Befähigungen wirksamer zu sein.³

Im Laufe unseres Lebens erwerben wir zudem mit dem dritten Wissenstyp eine Sammlung von bildlichem bzw. Anschauungswissen, das mit emotionalen und berührenden Erfahrungen einhergeht, die unser Erleben, unsere Verarbeitung von Erfahrung und somit auch unser Handeln maßgeblich prägen. Soll sich also das Missverhältnis zwischen Einsicht und Handeln verändern, sollten alle drei Wissenstypen stimuliert werden. Das bedeutet für eine Bildung der Zukunft, Wissen noch stärker mit „problemlösende[m] Handeln und der Reflexion eigener, mentaler Modelle sowie [der] Kenntnis über die uns leitenden Bilder“ zu verbinden.⁴

Mit dem LehrplanPLUS wurde bereits der Rahmen geschaffen, der der In-

Das **ZUSAMMENSPIEL** aller drei Wissenstypen verändert **Einsicht und Handeln**.

tegration komplementärer Wissenstypen Rechnung trägt. Zudem wurden verschiedene fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsziele im Lehrplan verankert, die auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse in einer zunehmend heterogenen, globalisierten und digitalisierten Welt reagieren sollen, z. B. Medienbildung / Digitale Bildung, Politische Bildung, Wertebildung, Interkulturelle und Sprachliche Bildung sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung. Diese Bildungsziele gilt es, zukünftig noch stärker in den Blick zu nehmen und sowohl im Fachunterricht als auch im fächerübergreifenden Unterricht abzubilden. Die Weichen für eine zukunftsgerechte Bildung sind zum Teil schon gestellt, allerdings müssten die in diese Richtung führenden Schienen noch stärker befahren werden. Dies bedeutet aber nicht nur eine Wandlung der Bildung, sondern v. a. auch einen Wandel im Denken der Akteure sowie ein Wandel des Systems.

Acht Fähigkeiten für eine Schule der Zukunft

In Anlehnung an den 2020 verstorbenen Autor Sir Ken Robinson, der sich umfassend mit Bildung, Schule, Lernen und den Bedürfnissen von Kindern auseinandersetzte,⁵ stellt Burow acht Fähigkeiten (acht C's) zusammen, die seines Erachtens nach die Schule der Zukunft und somit die Bildung vermitteln sollten:⁶

- **Curiosity:** Die Fähigkeit, Fragen zu stellen und zu erkunden, wie die Welt funktioniert.
- **Creativity:** Die Fähigkeit, neue Ideen zu entwickeln und sie in der Praxis anzuwenden.
- **Criticism:** Die Fähigkeit, Informationen und Ideen zu analysieren und begründet Argumente und Urteile zu entwickeln.
- **Communication:** Die Fähigkeit, Gedanken und Gefühle klar und selbstbewusst in einem breiten Spektrum von Medien auszudrücken.
- **Collaboration:** Die Fähigkeit, konstruktiv mit anderen zusammenzuarbeiten.
- **Compassion:** Die Fähigkeit, sich in andere hineinzuversetzen und entsprechend zu handeln.
- **Composure:** Die Fähigkeit, sich mit der inneren Welt der Gefühle zu verbinden und einen Sinn für persönliche Harmonie und Balance zu entwickeln.
- **Citizenship:** Die Fähigkeit, sich konstruktiv an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen.

Der Rahmen zur Umsetzung dieser Skills ist schon heute mit dem LehrplanPLUS gegeben. Sowohl die Kompetenzorientierung als auch die fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsziele zielen darauf ab, Kinder und Jugendliche für die Zukunft fit zu machen. Deutlich geworden sein dürfte auch, dass es nicht nur um den ökonomischen Nutzen von Bildung gehen darf. Bildung hat ebenso einen öffentlichen und individuellen Nutzen zu erfüllen, denn schließlich gilt es, Menschen mit Wissen und Fertigkeiten zu mündigen Bürgern auszubilden. Immer mehr wird es zukünftig darauf ankommen, in politischen und wirt-

schaftlichen Fragen abzuwägen, Sachverhalte analysieren und beurteilen zu können, um dann eine vernünftige Entscheidung zu treffen und danach zu handeln. Es geht daher bei Bildung nicht nur darum, Menschen möglichst gut zu qualifizieren, sondern Bildung muss dazu befähigen, das Kritikvermögen, die Urteils- und Entscheidungskraft sowie die Sensibilität für moralische Fragen zu stärken.

In diesem Sinne wäre es für eine Bildung der Zukunft auch wünschenswert, noch mehr Partizipationsmöglichkeiten und demokratische Zusammenarbeit in den Schulen zu ermöglichen. Fake-News, Hass und Hetze in den Sozialen Medien, die Verrohung des Umgangs- und zunehmend extremistische Übergriffe zeigen, dass unsere Demokratie nicht so sicher ist, wie wir es uns wünschen würden. Diesen Entwicklungen kann Schule mit entgegenwirken, u. a. durch das Einüben von demokratischen Prozessen und echter Partizipation aller an Schule Beteiligten.

Neben der Politischen Bildung,⁷ die Medienbildung und Werteerziehung ja implizieren sollte, muss Bildung in Zukunft auch, wie schon erwähnt, Heranwachsende für die Herausforderungen der Globalisierung stärken und den Aspekt der Nachhaltigkeit mehr fokussieren. So sollte neben der Politischen Bildung auch stärker das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Schulentwicklungsprozessen berücksichtigt werden. Denn das zentrale Leitziel der BNE ist es, Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln zu befähigen. Eine konsequente Ausrichtung auf BNE ermöglicht jedem Einzelnen, die Auswirkung des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.⁸

Schulentwicklungsprozesse müssen neben Politischer Bildung auch nachhaltige Entwicklung stärker EINBEZIEHEN.

Öffnung und Vernetzung der Schule

Schon heute öffnen sich Schulen zunehmend nach außen und vernetzen sich in ihrer Umgebung. Außerschulische Lernorte sowie außerschulische Partner öffnen den Unterricht und erweitern u. a. das Spektrum von Handlungsorientierung und Praxisbezug. Für eine Bildung der Zukunft sollte dieser Aspekt zunehmen. Schüler erleben auf diese Weise vermehrt, die Bedürfnisse ihres Umfelds wahrzunehmen. Schulen sollten sich daher noch stärker in ihr regionales, nationales und internationales Umfeld vernetzen und dabei auch Formen kulturübergreifender Begegnungen schaffen sowie soziales Engagement der Schüler fördern.

Chancen der Digitalisierung

Eine Bildung der Zukunft ist ohne die Digitalisierung kaum denkbar. Spätestens mit der Corona-Krise hat die Digitalisierung in vielen Schulen einen weiteren Schub erhalten. Die Bedeutung von Medienkompetenz ist sowohl bei Schülern als auch bei Lehrkräften zwangsläufig noch stärker in den Fokus gerückt, wodurch digitale Lehr-Lern-Methoden immer selbstverständlicher Teil des Lernens werden müssen. Bereits jetzt setzen z. B. einige Schulen auf offene Lernlandschaften, in denen Schüler mit Unterstützung neuer Medien stärker selbständig und in Teams projektbezo-

gen lernen und arbeiten. Natürlich stellt die Digitalisierung uns auch vor viele Herausforderungen und es gilt wie bei allem, immer gut abzuwägen, welche Methoden jeweils sinnvoll erscheinen und einen Mehrwert darstellen. Werden digitale Medien aber kompetent eingesetzt, können sie neue Möglichkeiten von passgenauem und binnendifferenziertem Lehren und Lernen eröffnen. Dabei können sie Lehrkräfte z. B. von der Vermittlung von Basiswissen entlasten und ihnen stärker ihre Rolle als Lernberater ihrer einzelnen Schüler ermöglichen. Insbesondere Konzepte wie z. B. „flipped classroom“ oder „gamification“ bieten hier Chancen für passgenaues, individualisiertes, aber auch kollaboratives Lernen.⁹

Schaffung neuer Strukturen

Um den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen, aber auch von Lehrkräften in der Zukunft gerecht zu werden, gilt es schon heute, neue Wege auszuprobieren. Dazu gehört auch ein Umdenken hinsichtlich der Zeit- und Raumstrukturen von Schule. Erste Schulen haben begonnen, Lernlandschaften zu öffnen, Klassenräume neu zu gestalten und enge Stundentaktungen aufzubrechen. Umstrukturierungen dieser Art sowie die Öffnung von Unterricht hin zum fächerübergreifenden, stärker vernetzten Unterricht bedeuten

Änderungs- und Entwicklungsprozesse ERFORDERN Zeit, Spielräume und finanzielle Mittel.

aber für alle Beteiligten neben Kraft und Mut auch, Verantwortung für das eigene Handeln sowie für das eigene Lehren und Lernen zu übernehmen. Es bedeutet weiter, ehrlich zu sich zu sein und zu reflektieren, woran ggf. Entwicklungsprozesse scheitern. So banal es sich anhören mag, um Bildung und somit auch Schulen und Hochschulen für die Zukunft zu rüsten, gehört es auch, ausprobieren zu dürfen und aus eventuellen Fehlern zu lernen. Soll sich das System Schule ändern, sind auch Gesellschaft und Politik gefragt. So gilt es u. a., den notwendigen finanziellen Rahmen zu stellen und auch notwendige pädagogische Spielräume zu schaffen. Denn Änderungen wie Bildung selbst bedürfen der Zeit und der Freiheit und des Frei-raums, sich auszuprobieren. ///

/// CORINNA STORM, OBERSTUDIENRÄTIN ist stellv. Abteilungsleiterin der Grundsatzabteilung und Referatsleiterin GA-1 Pädagogische Grundsatzfragen am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB), München.

Anmerkungen

¹ Vgl. zu den Megatrends u. a. <https://www.zukunftsinstitut.de> sowie <https://utopia.de/ratgeber/neo-oekologie-definition-megatrend/>

² Burow, Olaf-Axel / Gallenkamp, Charlotte (Hrsg.): Bildung 2030. Sieben Trends, die Schule revolutionieren, Weinheim / Basel 2017, S. 164; Burow, Olaf-Axel: Future Fridays – Warum wir das Schulfach Zukunft brauchen, Weinheim / Basel 2020, S. 12.

³ Burow: Future Fridays, S. 13 ff.

⁴ Ebd., S. 15.

⁵ Vgl. Robinson, Ken: Bildung völlig neu denken, <https://www.bpb.de/mediathek/158066/ken-robinson-bildung-voellig-neu-denken>; Ders.: Do school kill creativity?, https://www.ted.com/talks/sir_ken_robinson_do_schools_kill_creativity

⁶ Burow: Bildung 2030, S. 165.

⁷ Vgl. <https://www.politischebildung.schulen.bayern.de>

⁸ Ebd.: vgl. BNE-Kompetenzen.

⁹ Burow: Bildung 2030, S. 167 f.

/// Ohne sie geht es nicht mehr

DIE BEDEUTUNG DER MEDIEN FÜR DIE BILDUNG

MANUELA PIETRAß /// Weil Bildung und Medien so eng miteinander verknüpft sind, kann die Frage nach der Zukunft der Bildung ohne Berücksichtigung der Medienentwicklung nicht beantwortet werden. Mit den digitalen Medien wird ein neuer Sprung in der Erkenntnisentwicklung erreicht. Wie dieser Sprung aussieht, hängt mit den Möglichkeiten, wie die digitale Technik genützt wird, zusammen.

Die Frage nach der Zukunft der Bildung ist, ohne die Entwicklung der Medien zu berücksichtigen, nicht zu beantworten. Denn Lernen erfolgt ab dem Moment über Kommunikation, ab dem es um mehr geht als um bloße Nachahmung dessen, was Erfahrenere vormachen. Als der Mensch in seiner Evolution begann, Wissen aufzubauen und dieses sprachlich weiterzugeben, war der Weg zu einem Lernen beschritten, das jenseits der Nachahmung des un-

mittelbar Beobachtbaren liegt, nämlich in Form von Weitergabe des Wissens und der Erfahrung der Älteren. Weil aber die Sprache unmittelbar und flüchtig ist, muss das Wissen für andere gespeichert werden. Bevor es Medien gab, war dies nur mittels Erinnerungstechniken möglich. Erst mit den Medien, zunächst mit dem Bild, konnte sich das Lehren in der Weise entwickeln, wie es unserem Bildungssystem heute zu Grunde liegt, nämlich als ein ausdiffe-



**Neue digitale Medien ermöglichen neue Zugänge
und Erkenntnisse im Bildungsbereich.**

renziertes System von Institutionen, die den Menschen in jeder seiner Lebensphase auf alters- und bedarfsgerechte Weisen Wissen und Können vermitteln.

Neue mediale Darstellungs- und Anwendungsmöglichkeiten

Die für die Zukunft der Bildung zentrale Entwicklung digitaler Medien ist die, dass über ein einziges Ausgabegerät Erleben und Wissen über verschiedene Sinneskanäle, verschiedene Medien und verschiedene Formen der Interaktion zugänglich sind. Die ursprünglich von Apple entwickelte Aufteilung des Bildschirms in „Fenster“, die mit Windows von Microsoft breit umgesetzt wurde, lässt genau die besondere Weise der Zugreifbarkeit auf die Inhalte anschaulich werden: Jedes Fenster öffnet eine eigene Datei, eine eigene App.

In den 90er-Jahren wurde diese Besonderheit unter dem Stichwort „Multimedialität“ diskutiert. Das Vielfältige – „multi“ – zeichnet die digitalen Medien als wesentliches Charakteristikum bis heute aus. So werden verschiedene Medienformen wie Zeitung, Buch, Fernsehen, Film, Radio, aber auch Handlungen wie Schreiben, Diktieren und Telefonieren miteinander verbunden und über ein einziges Ausgabegerät verfügbar. Multimedialität lässt sich in zwei Aspekte aufgliedern: Zum einen in die Multitextualität, d.h., dass alle möglichen Formen von Inhalten als digitale Dateien zur Verfügung stehen, und zum anderen in die Multiaktionalität als die neue Interaktivität der digitalen Medien.

Was Multitextualität heißt, lässt sich gut an einem historischen Beispiel veranschaulichen, der sogenannten Büchermühle. Sie erlaubte es, an einer Reihe verschiedener Werke gleichzeitig zu

arbeiten, ohne diese über mehrere Tische verstreuen zu müssen.

Texte aufeinander zu beziehen, verschiedene Textquellen zu verknüpfen und so mit dem vorhandenen Wissen zu neuen Einsichten zu gelangen, war ein wesentlicher Erkenntnissschritt der Printkultur. Er ermöglichte neue Formen der Wahrheitssicherung und -findung und ist bis heute ein zentrales Werkzeug der Wissensgesellschaft. Durch die Multitextualität der digitalen Medien wird es auf eine bisher nicht vorhandene Weise ausgeweitet, weil Texte auf einem Bildschirm in weit größerem Umfang versammelt werden können.

Doch verändern die digitalen Medien nicht nur die Vielfalt der ausgegebenen Texte über eine Schnittstelle – sie sind sozusagen eine Büchermühle auf dem Bildschirm –, sondern auch die Vielfalt der Eingabeweisen: Lesen und Schreiben, Hören und Sprechen, Rezipieren (Lesen, Hören) und Produzieren (Schreiben, Sprechen, Befehle eingeben) sind über Maus, Tastatur und Bildschirm machbar. So sind rezeptive und produktive Kommunikationsformen mit ein- und demselben Medium zugleich möglich. Ein Beispiel für die Bedeutung dieser Entwicklung sind Leserbriefe: Ein auf Papier geschriebener, mit der Post versendeter Leserbrief ist aufwändig zu erstellen. Es muss ein anderes Medium als die Zeitung gewählt werden, um einen Artikel in ihr zu kom-

DIGITALE Medien ermöglichen Multitextualität und Multiaktionalität.

mentieren – eine Barriere, die von einer spontanen Reaktion abhält. Bei einer Online-Zeitung ist es möglich, dass sich Leser nicht nur auf einen Beitrag beziehen, sondern auch direkt auf andere Zuschriften, sodass ein Austausch zwischen den Lesenden möglich wird.

Multitextualität und -aktionalität ermöglichen neue Anwendungsformen der digitalen Medien im Vergleich zu den vorangehenden Medientechniken. Grundsätzlich bestehen, wenn neue Medientechnologien aufkommen, zwei Formen neuer Anwendungsweisen:

- Solche, die an die bereits bestehenden Medien angelehnt sind wie z. B. das Lehrbuch als elektronische Datei oder die Zeitung auf E-Papier, deren Nutzungspotenzial aber eine optimierende Steigerung erfährt, also schneller und mit mehr Speicherkapazität.
- Weiter gibt es Anwendungsformen, die kategorial anders sind, d.h. bei ihnen ist das Neue nicht aus dem Alten ableitbar.

Der Übergang von der Steigerung zur Entdeckung kategorial neuer Anwendungsweisen kann am Beispiel der Online-Tageszeitungen gut veranschaulicht werden. Die Zeitung im Internet war zunächst eine an die Printausgabe angelehnte Version. Mittlerweile sind Online-Zeitungen umfassende Informationsplattformen, die die Speicher- und Darstellungsmöglichkeiten des Internet in vielfältiger Weise nutzen. Sie enthalten Videoclips, erlauben einen Zugang auf das Archiv oder enthalten Links zu früheren Beiträgen und anderen Quellen im Internet. Diese Entwicklung von der Tagesprintausgabe zu einem mehrfach am Tag aktualisierten Informations-

dienst erforderte zu erkennen, dass eine Zeitung im Internet nicht vollständig ihrem Vorbild der Printausgabe gleichen muss, sondern mit seinen neuen Darstellungsmöglichkeiten anders gestaltet werden kann.

Mittlerweile haben sich **NEUE** digitale Darstellungs- und Anwendungsmöglichkeiten entwickelt.

Folgend soll an einigen Beispielen die Steigerung bisheriger und kategorial neuer Anwendungsformen sowie das damit gegebene Bildungspotenzial der digitalen Medien näher betrachtet werden.

Bisherige Anwendungsformen Vervielfältigung von Texten

Digitale Dateien sind prinzipiell unendlich oft kopierbar. Allerdings ist damit noch keine grundsätzlich veränderte Form der Weiterkenntnis verbunden. Zunächst sind die digitalen Kopien über die Personal Computer, seien dies Desktop- oder mobile Varianten, für viel mehr Menschen erhältlich, was die Verfügbarkeit von Wissen und die Zugänglichkeit zu ihm grundsätzlich erleichtert. Beispielsweise lassen sich Arbeitstexte oder Bilder für den Unterricht bequemer und umfangreicher zur Verfügung stellen als Kopien auf Papier und Film.

Breitere Zugänglichkeit

Die zentrale Funktion von Medien ist die Überwindung von Raum und Zeit bei der Erzeugung menschlichen Sinns

durch Kommunikation. Zentral sind hier wieder die Personal Computer, die sich weltweit und flächendeckend verbreitet haben. Sie ermöglichen den Zugang zu den prinzipiell unendlich vielfältigbaren Kopien, während vorher die material begrenzten Kopien ihren Weg zu einer sehr viel höheren Nutzerzahl finden mussten. Doch erst die Verbindung mit dem Internet ließ Bildungsinhalte auf eine nie dagewesene Weise zugänglich werden. Dabei ist das Internet Speicher- und Präsenzmedium zugleich. Sobald Inhalte digital aufbereitet sind, seien dies historische Dokumente oder neue Formate, sind sie prinzipiell über den PC zugänglich. Präsenzformate wie Vorträge oder Interviews ermöglichen ein Live-Dabeisein, eine Entwicklung, die durch vermehrte Konferenzsoftware in der Covid-9-Pandemie sprunghaft angewachsen ist.

Die Bedeutung für die Bildung besteht darin, dass z. B. ehemals nur über Archive oder Museen zugängliche Texte, Bilder und dergleichen nun freier nutzbar sind, was die Zugänglichkeit

Mit digitalen Medien lassen sich Zeit und Raum ÜBERWINDEN.

zum Weltwissen erhöht. Die digitalen Optionen einer zeitgleichen Teilhabe trotz Abwesenheit ermöglichen es, Wissen in Verbindung mit den Menschen, die es produzieren, zu erhalten. So könnten beispielsweise mittels digitalen

Aufzeichnungen sehr viele die Vorlesung eines renommierten Wissenschaftlers hören oder am Seminar einer weit entfernten Akademie teilnehmen.

Standardisierung

Das digitale Kopieren und die verbesserte Zugänglichkeit ermöglichte eine größere Standardisierung von Lehrmaterialien. Texte sind nun leichter zugänglich und können aufeinander bezogen werden, z. B. Prüfungsaufgaben. Die Folgen dieser verbesserten Vergleichsmöglichkeit sind am deutschen Bildungswesen ablesbar: Es wird jetzt, wo es weit unkomplizierter geworden ist, Curricula, Prüfungsinhalte und Kennzahlen zu erheben und in vergleichbarer Weise aufzubereiten, ein höherer Anspruch an Vergleichbarkeit, z. B. bezüglich des Niveaus erhoben. Auch werden Rufe nach einer stärkeren Einbettung von Lernerfolgen in möglichst national und international festgelegte Standards lauter.

Individualisierung von Lehrmaterialien

Die digitalen Medien besitzen auch das Potenzial, Lernen sehr viel stärker zu individualisieren als bisher. Eine größere Angebotsvielfalt ermöglicht eine Anpassung an das persönliche Ausgangs- und Fortschrittsniveau. Es werden mehr Inhalte in vielfältigeren Formaten angeboten, die den individuellen Interessen, Bildungsbedarfen und Lernvoraussetzungen entsprechen. Mit der Digitalisierung haben die Formatvielfalt, die Publikationsmöglichkeiten der Inhalte sowie die Zugänglichkeit dazu zugenommen.

Gesteigerte Bildungsmöglichkeiten

Alle genannten Anwendungsformen verändern Bildung und sind doch auch

Lernen kann digitalisiert sehr viel INDIVIDUELLER erfolgen.

eine Steigerung und Optimierung dessen, was bereits möglich war und ist. Auch Bibliotheken und Archive als Speicherorte für Wissen, Druck, Fotografie und Funk als Vermittlungstechniken haben bereits den Weg zu mehr Wissen für alle bewirkt.

Kategorial neue Anwendungsformen

Kategorial neu heißt, dass nicht allein eine Steigerung des Bisherigen die Neuerung darstellt, sondern das Neue aus dem Vorangehenden nicht ableitbar ist. Nachfolgend einige Beispiele dazu:

Das Sichtbarmachen von Lernprozessen

Neue Anwendungsformen wie Lernportfolios oder die Verschriftlichung von Kommunikation über Chatfunktionen, der schriftliche Austausch zwischen Lernenden und Lehrpersonen fixieren über diese Verschriftlichung Lernprozesse. Sie können dadurch der Reflexion besser zugänglich gemacht werden, z. B. indem man vorherige mit erreichten Verstehensprozessen vergleicht. Nicht allein für die Lehrenden und die Wissenschaft, sondern auch für die Selbstreflexion der Lernenden gilt damit, dass bislang nicht fixierte Lernstufen sichtbar werden.

Doch auch durch interaktive Lernsoftware, die Handlungsaufforderungen anbietet, kann die Wahl der angebotenen Entscheidungsoptionen nach

Lernstufen klassifiziert werden, so wie im Bereich der Learning Analytics, bei denen die Interaktion in einem Serious Game (z. B. SanTrain) nach Leistungsniveaus der Spielenden differenziert wird. Eine weitere Besonderheit ist dabei die, dass das Auftauchen der Zeichen als visuelle Umsetzung von Handlungen auch für andere sichtbar sein kann, wenn nicht nur Einzelnutzer mit dem Bildschirm interagieren, sondern mehrere Nutzende zugleich teilhaben, wie bei einem Multi-User-Computerspiel.

Multireferenzialität

Bei Angeboten mit vielfältigen Zeichenebenen und Codes, wie sie Computerspiele darstellen, werden Zeichen mit weiteren Zeichen oder auch materiale und immateriale Träger wie bei der Erweiterten Realität (augmented reality) verknüpft oder eine Bedeutungsebene mit weiteren Bedeutungsebenen. Beispiele für interaktive multireferenzielle Handlungsräume sind überall dort zu finden, wo Bildschirme mit materialen Gegenständen verbunden werden, z. B. bei Lernsimulatoren oder wo der Plattformcharakter tragend ist, wie bei digitalen Lernplattformen oder Informationsportalen.

Der besondere Bildungscharakter besteht darin, dass ein Zeichenträger mit viel mehr Bedeutungen versehen werden kann, als das ursprüngliche Zeichen enthält. Die Bildebene eines Computerspiels wird durch Tastenkombinationen explorierbar, informationsgrafische und schriftliche Elemente versehen die Bildebene mit weiteren Bedeutungen. So kann das unmittelbare Bild, in welchem sich eine Computerspielfigur gerade befindet, durch eine ergänzende und Orientierung verschaffende Lagekarte in einen dreidimensionalen Raum gehoben werden.

Responsive Interaktivität

Das gänzlich Neue ist die Art und Weise, wie man mit Hilfe der digitalen Medien Sinn aufbaut. Neu ist die Eingabemöglichkeit in die mediale Oberfläche mit Hilfe eines Gerätes. Bei den rezeptiven Medienangeboten wie Foto, Film und Druck ist dies nicht möglich. Sie haben statische Zeichenkompositionen, die man so, wie sie sind, wahrnehmen und verstehen muss. Bei digitalen interaktiven Medien werden durch die Eingabe der Nutzer neue Veränderungen auf der visuellen Eingabefläche, dem Bildschirm, vollzogen, indem neue Zeichen produziert werden. Auf dem Bildschirm werden Auswahlmöglichkeiten sichtbar, und werden sie gewählt, entstehen neue Bilder, Töne und Schriftzeichen.

Es entstehen neue Formen der Kommunikation wie z. B. responsive INTERAKTIVITÄT.

Dabei stellen die Handlungen selbst eine Form von Kommunikation dar, weil sie in Form von Zeichen auf den Bildschirm eingeschrieben werden. So sieht man im Computerspiel seine Figur auf dem Bildschirm laufen oder nach dem Anklicken eines Links erscheint ein neuer Text auf dem Bildschirm. Bei der Eingabe wird also etwas hervorgebracht, das seinerseits einen Moment des Unerwarteten enthalten kann und responsiv, also ansprechbar und antwortend, ist.

Veränderte Bildungsmöglichkeiten

Handeln im virtuellen Raum ist als Hervorbringung von Zeichen in seinen Folgen immaterial. Die Handlungen und das Eingreifen bewirken keine Veränderung materialer Zustände und äußerer Bedingungen. Mit digitalen interaktiven Lernmaterialien und Simulationen werden Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt, die allein auf Zeichen beruhen und gefahrlos auf eventuelle Auswirkungen hin erprobt werden können. So wird Wirklichkeit „als-ob“-erfahrbar, was eine wichtige Form zur Vergegenwärtigung von Handlungsfolgen darstellt. Es enthält den Bildungscharakter des „Tentativen“ (W. Marotzki).

Die digitalen Medien bereiten die Zukunft der Bildung vor

Die neuen Anwendungsformen bieten mit ihrer Multitextualität und Multiaktionalität neue Trends und neues Potenzial. Wohin aber geht der Zukunftstrend für die Bildung durch die digitalen Medien insgesamt?

Durch ihre Multimedialität können bedeutungsdichte Sinnwelten aufgebaut werden und durch die Multiaktionalität gemeinsam geteilte virtuelle Welten. Beides führt zu einer neuen Vielfalt von Sichtweisen auf einen Sachverhalt oder eine Problemstellung. Durch die Versammlung verschiedener Perspektiven können mehr Sinnbezüge zugleich hergestellt werden. Die Zukunft der Bildung besteht mithin in einer Anreicherung der Problemstellungen und Sachverhalte mit vielfältigen Deutungsoptionen. Die Möglichkeit dessen, was sein und gelten könnte, wird erhöht, indem sie in den Raum der digitalen Virtualität verlagert wird.

Wir stehen in einer Welt der sich verknappenden Ressourcen bei einer gleich-

zeitig wachsenden Bevölkerung und steigenden Ansprüchen an den Wohlstand. Die damit verbundenen komplexen Probleme enthalten vielfältige, ineinander verflochtene und voneinander abhängige Bezüge. In der Multiperspektivität der digitalen Virtualität liegt eine wichtige Chance, Lösungen für die Zukunft der Menschen zu finden. ///



/// PROF. MANUELA PIETRAß
lehrt Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Medienbildung an der Universität der Bundeswehr München.*

Anmerkung

* Weiterführende Literatur der Autorin zum Thema: **Pietraß, Manuela:** Das hochschuldidaktische Potenzial digitaler Medien, in: Digital?! Perspektiven der Digitalisierung für den Lehrerberuf und die Lehrerbildung, hrsg. von Martin Rothland und Simone Herrlinger, Beiträge zur Lehrerbildung und Bildungsforschung, Bd. 5, 2020 (im Druck). **Pietraß, Manuela:** Das „mögliche Unmögliche“ in digitalen Spielwelten: Die Hervorbringung von Wirklichkeit in neuen Zeichenkonfigurationen, in: Die Kunst der Zahlen – Digitale Transformationen des Ästhetischen, hrsg. von Stefan Iske, Johannes Fromme, Johannes, Dan Verständig und Katrin Wilde, Wiesbaden 2020, S. 141-156.

/// Anmerkungen zur aktuellen Bildungsdebatte

WAS IST GUTE BILDUNG HEUTE, WAS SIND GUTE SCHULEN MORGEN?

HEINZ-PETER MEIDINGER /// Was gute Bildung als wesentlicher Baustein für die Zukunftsgestaltung des eigenen Lebens und einer Gesellschaft ist, war immer schon einem lebendigen und kontroversen Diskussionsprozess unterworfen. Soll Bildung vor allem verwertbar und eng an aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen orientiert sein oder eher zweckfrei und unzeitgemäß? Geht es bei Bildung in erster Linie um Wissen oder doch mehr um Persönlichkeits- und Werterziehung? Und: Ist gute Bildung überhaupt messbar, wie PISA meint?

Wenn von der Schule von morgen und der Zukunft unseres Schulsystems die Rede ist, dann wird häufig in Debatten und Diskussionen der Eindruck erweckt, dass unsere heutigen Schulen, die Unterrichtsmethoden, die geltenden Lehrpläne oder auch unsere Lehrerbildung für die gesellschaftlichen Herausforderungen, die die Zukunft an unsere Schulabsolventen stellt, denkbar schlecht aufgestellt sei. Gerne wird diese Generalkritik dann in solch flotten Sprüche verpackt wie etwa, dass bei uns die Schüler von heute in den Schulen von gestern mit Lehrern von vorgestern und Methoden aus dem Mittelalter auf die Probleme von morgen vorbereitet würden.

Natürlich sind wir als Staat, Gesellschaft und Schule mit großen, auch neuen Herausforderungen konfrontiert. So stehen wir beispielsweise vor der Riesenaufgabe, den Weg der digitalen Transformation erfolgreich zu gestalten und unsere Jugend darauf optimal vorzubereiten. Trotzdem: Die Welt von morgen

Das derzeitige Schulsystem steht in der KRITIK.



Schulen vermitteln nicht nur Wissen. Sie haben auch einen humanistischen Bildungsauftrag: Erziehung zum werteorientierten, denkenden, selbständigen Menschen.

wird nicht völlig neue Herausforderungen an die junge Generation stellen. Das, was gute Bildung ausmacht, eine gute Allgemeinbildung als intelligent vernetztes Orientierungswissen, die Entdeckung und Fortentwicklung der eigenen Stärken, die Ausprägung von Charakter, Individualität und Selbständigkeit und das Bewusstsein um die soziale Verantwortung in dieser Welt für andere, sind Aufgaben, die letztendlich auch Wilhelm von Humboldt bei seiner neuhumanistischen Reform der preußischen Schulen vor über 200 Jahren schon fest im Blick hatte. Es geht also letztendlich nicht um die Identifizierung völlig neuer Bildungsziele und Bildungsinhalte, son-

dern vielfach darum, sich auf die in der Vergangenheit als wesentlich für gute Bildung erkannten Kernpunkte in unseren Schulen neu zu fokussieren und diese konkret umzusetzen. Und da gibt es Defizite und vielgestaltigen Reformbedarf, der auch benannt werden muss.

Die folgenden Überlegungen dienen dem Ziel, diese zentralen Kernpunkte guter Bildung ins Auge zu fassen und deutlich zu machen, dass es mehr darum gehen muss, sich auf das Wesentliche gelingender Bildungsprozesse zu konzentrieren, als beispielsweise völlig neue Fächer zu konzipieren oder auch radikal die Auflösung der Fächerstruktur insgesamt zu fordern. Es ist mit Si-

Die **KERNPUNKTE** guter Bildung sollten gestärkt werden.

cherheit kein Zufall, dass mit Bayern und Sachsen die Bundesländer in allen Leistungsranking ganz vorne liegen, die auf diese Kernpunkte nach wie vor besonderen Wert legen, also ihre Lehrpläne nicht völlig entkernt haben und Bildung nicht als bloßes Vermittlungsproblem, sondern als Aneignungsprozess verstehen, der auch die aktive Beteiligung und Anstrengungsbereitschaft des zu Bildenden erfordert.

Natürlich wird Digitalisierung Schule und Unterricht verändern. Wenn wir es aber richtig machen, wird dies nicht zu einer Entwertung von Allgemeinbildung und des Kernziels von Bildung, die Kinder zu selbständigen, mündigen Bürgern zu erziehen, die in der Lage sind, ihr Leben und ihre Umwelt mitzugestalten, führen, sondern zu einer Stärkung.

Aktuelle Schuldebatten: Was sie mit Bildung zu tun haben oder nicht

Zweifellos hat der Begriff Bildung Konjunktur. Wir haben Bildungsstandards, Bildungspläne, Bildungsstudien, Diskussionen um Bildungsgerechtigkeit und wir haben Bildungspolitik. Das Irritierende daran ist aber, dass es in den diversen Studien und Debatten in der Bildungspolitik selten bis nie um Bildung an sich geht. In vielen Bundesländern misst die Schulpolitik ihren Erfolg vorrangig an Abitur- und Sitzenbleiberquoten und vielleicht noch daran, wie man bei nationalen und internationalen Leistungsver-

gleichen abschneidet. Aber, ob unsere Schulen gebildete junge Menschen verlassen, ja, ob überhaupt noch Bildung ein ernsthaftes und nicht bloß in Sonntagsreden beschworenes Ziel von Schule ist, ist meist nicht Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung. Auch für uns Lehrkräfte gilt: Die ständige Anspannung im Schulalltag birgt die Gefahr, im Kleinklein der Notenerhebung, der Stoffvermittlung und des Verwaltungsaufwands die eigentlich entscheidende Frage aus dem Blick zu verlieren, nämlich die nach dem Ziel unserer Tätigkeit. Was für junge Menschen mit welcher Bildung, welchen Persönlichkeitsmerkmalen und welchen Kenntnissen und Kompetenzen sollen unsere Schulen verlassen?

Bildung versus Education – zur Geschichte des deutschen Bildungsbegriffs

Bekanntlich ist Bildung ein Begriff, der in vielen anderen Sprachen und Ländern keine Entsprechung findet. Der Aspekt der Selbstbildung, Bildung als individueller Prozess der Selbstaneignung, gehört mit Sicherheit nicht zum Bedeutungskern von „education“. Dieser Bedeutungskern ist auch dem Verständnis von Schule in vielen asiatischen Gesellschaften fremd, wo das Lernen eher als dienender kollektiver Prozess begriffen wird, der darin besteht, die Weisheit anderer demütig entgegenzunehmen. Ein ganz früher Vertreter des Bildungsgedankens war der griechische Philosoph Platon, in dessen Höhlengleichnis sich einige Gedanken finden, auf denen auch unser heutiges Bildungsverständnis aufbaut, nämlich Bildung als Akt der Selbstbefreiung des Menschen auf dem Weg zum mündigen Bürger zu begreifen.

Die für das deutsche Bildungswesen besonders bedeutsame Prägung erfuhr

der Bildungsbegriff durch die Aufklärung, in der nicht mehr die Religion, die Orientierung am Abbild Gottes, die Richtschnur schulischer Lernprozesse sein sollte, sondern der autonome, in wissenschaftlichen Kategorien denkende und aufgeklärte Mensch. Wilhelm Humboldt selbst führte dazu aus: „Es gibt schlechterdings gewisse Kenntnisse, die allgemein sein müssen, und noch mehr eine gewisse Bildung der Gesinnungen und des Charakters, die keinem fehlen darf.“

Das klingt zunächst etwas altmodisch, wenn wir allerdings die Forderung vor dem Hintergrund aktueller Debatten um Werteerziehung, Demokratiebildung, gesellschaftliche Solidarität, Umweltschutz, Ökologie, Integration und Völkerverständigung betrachten, wird deutlich, wie aktuell diese Beschreibung von Bildungszielen nach wie vor ist. Die Kernfrage lautet also, was sind diese „gewissen Kenntnisse“, was ist diese „gewisse Bildung der Gesinnungen und des Charakters“, die wir jungen Menschen heute und in Zukunft vermitteln müssen und die gute Bildung ausmacht.

Der schulische Fächerkanon im Kreuzfeuer divergierender gesellschaftlicher Forderungen

Unabhängig von der jeweiligen Schulart gibt es eine hohe Übereinstimmung bezüglich der Fächer und Lerninhalte, die unverzichtbar sind, heute und auch in

Zukunft: Deutsch, Fremdsprachen, Mathematik, Naturwissenschaften, Geschichte und Gesellschaftswissenschaften, musische Bildung sowie Sport. Diskussionen entzündeten sich angesichts einer begrenzten Stundentafel eher daran, wovon mehr oder weniger notwendig ist. Als Deutschlehrer halte ich persönlich die Stundenausstattung für dieses Fach, das die zentrale Kompetenz für Verstehens- und Schreibprozesse ist, für zu gering, das mögen aber andere wieder ganz anders sehen. Zu fragen ist auch, ob es sinnvoll war, an Grundschulen das frühe Fremdsprachenlernen auf Kosten des Deutschunterrichts einzuführen, zumal die Lerneffekte insgesamt überschaubar sind. Vielen reicht dieser alte Fächerkanon aber für eine moderne Schule und die Herausforderungen der Zukunft nicht mehr aus.

Beim Deutschen Lehrerverband haben wir einmal gesammelt, was es für Forderungen nach neuen Fächern in den letzten 20 Jahren gegeben hat. Wir kamen auf eine Zahl von über 40. Ein paar Beispiele: Ernährung, Benehmen, Denkmalschutz, Medienerziehung, Digitalkunde, Gesundheit, Klimaschutz, Finanzkompetenz, Alltags- und Lebenskompetenzen, Rauschkunde, Hauswirtschaft, Glück, Verbraucherbildung oder Erste Hilfe. Diese Vorschläge speisen sich vor allem aus zwei Quellen, sie kommen von Interessensgruppen und Lobbyverbänden sowie aus der Politik. Gerade bei entsprechenden Forderungen aus der Politik wird man zuweilen das Gefühl nicht los, dass hier Schule als Reparaturbetrieb für ungelöste politische Probleme missbraucht wird. Dabei ist vollkommen klar, dass bei aller Wertschätzung der vorgeschlagenen Themenfelder allein das Korsett des begrenzten Stunden-

Grundlegende **WERTE** als Bildungsziele machen eine gute Bildung aus.

plans eine Erweiterung der Fächertafel kaum zulässt. Jede Ausweitung müsste mit einer Kürzung anderer Fächer bezahlt werden. Zudem stellt sich sofort die Frage, ob es für die neuen Fächer auch entsprechend ausgebildete, qualifizierte Lehrkräfte gibt.

Und doch: Wer über die Schule der Zukunft spricht, muss auch eine Antwort darauf finden, wie beispielsweise ökonomische Bildung, Medienerziehung und Informatik stärker Eingang in die Lehrpläne und den Unterricht finden können. Es ist völlig klar, dass ökonomische Bildung und der reflektierte Umgang mit modernen Medien heute ein unverzichtbarer Bestandteil moderner Lehrpläne sein müssen. Ob dazu neue Fächer konzipiert werden müssen oder diese Inhalte auch in bestehende integriert und als Querschnittsaufgabe begriffen werden, ist dann eine nachrangige Frage. Bayern ist hier an den weiterführenden Schulen mit der frühen Verankerung des Faches Wirtschaft in den Lehrplänen der verschiedenen Schularten wegweisend und Vorbild für andere Bundesländer gewesen.

Generell gilt aber: Gute moderne Bildung misst sich nicht an der Anzahl der Fächer. Große Skepsis ist angebracht gegenüber Vorstößen nach dem Beispiel von Finnland, die Fächergrenzen völlig aufzuheben und die Fachstrukturierung abzuschaffen, und zwar mit dem Argument, dass es in der modernen Schule doch darum gehen müsse, fachübergreifend, projektbezogen und orientiert an Phänomenen zu unterrichten. Fächer sind aber kein Selbstzweck, sie sind wissenschaftspropädeutisch begründet. Wer keine Kenntnisse der Methoden und Inhalte von Fächern hat, wird auch später zu fachübergreifendem, vernetztem Denken nicht imstande sein.

Neue Inhalte könnten in die bestehende bewährte Fachstrukturierung INTEGRNIERT werden.

Mehr Allgemeinbildung oder mehr Alltagswissen?

„Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann ne Gedichtanalyse schreiben. In vier Sprachen.“ Mit diesem Tweet, der im Netz binnen kurzer Zeit zigtausend mal geteilt und favorisiert wurde, hat die Kölner Schülerin Naina im Januar 2015 eine richtiggehende Bildungsdebatte ausgelöst. Sogar die damalige Bundesbildungsministerin Wanka fühlte sich bemüßigt, sich mit der Aussage, „Ich bin dafür, in der Schule stärker Alltagsfähigkeiten zu vermitteln“, in diese Diskussion einzuschalten. Letztendlich geht es dabei um die alte und immer wiederkehrende Frage, was man in der Schule wofür lernen soll.

„Non vitae, sed scholae discimus“ formulierte Seneca in seinen moralischen Briefen an Lucilius vor über 2.000 Jahren und beklagte damit die damaligen Verhältnisse in den römischen Philosophenschulen. Bekannt geworden ist die umgedrehte Variante, „Non scholae, sed vitae discimus“, um der Forderung Schubkraft zu verleihen, dass doch eigentlich die Schule die Aufgabe habe, fürs Leben vorzubereiten. Also weniger Gedichte und stattdessen mehr Mietverträge im Deutschunterricht analysieren?

In der FAZ fragte ein Feuilletonredakteur allen Ernstes, ob sich Kinder in der antiken Götterwelt auskennen müssen

oder sich mit dem Impressionismus und Edeldgasen befassen sollten, wenn sie das Abitur erreichen wollten. Viel wichtiger sei es doch zu wissen, welchen Teil seines Einkommens man für das Wohnen ausgeben sollte. Als ob sich eine 14-Jährige oder auch ein 18-Jähriger vernünftig und gewinnbringend mit dieser Frage in einem Schulfach auseinandersetzen würden. Mit praktischen Dingen befasst man sich in der Regel dann, wenn man sie braucht. Ob irgendetwas hängen bleibt, wenn ich mit Schülern das Kleingedruckte von Mietverträgen analysiere oder die aktuell geltenden Kündigungsbedingungen bei möblierten und unmöblierten Wohnungen erkläre, zumal sich die entsprechenden gesetzlichen Regelungen ständig ändern?

Was Naina brauchen wird, falls sie einmal später einen Mietvertrag abschließen muss, ist die Fähigkeit, Texte genau analysieren zu können: Informationsentnahme, Inhaltserfassung, Konsequenzenabschätzung. Dazu sollte sie sich Sachverhalte schnell neu aneignen und komplexe Zusammenhänge begreifen können. Sie sollte wissen, wo und wie man an weitere Informationen gelangt und vor allem sollte sie fähig sein, Informationen abwägen und zu Entscheidungen kommen zu können. Und das kann man auch sehr gut bei der Analyse von Gedichten lernen. Wer in der Lage ist, in vier Sprachen Gedichte zu analysieren, der kann getrost in die Welt hinausgehen und Mietverträge abschließen.

„Digitale Bildung“: Sich nicht nur auf die Technik fokussieren

Gerade die Corona-Ausnahmesituation hat uns vor Augen geführt, dass hinsichtlich der Digitalisierung unserer Schulen große Defizite vorhanden sind. Es fehlte an allem, an der IT-Infrastruktur

oder vielfach kein schnelles Internet, keine tragfähigen Lernplattformen, unzureichend fortgebildete Lehrkräfte, zu wenig Geräte usw. Schnell wurde klar, dass nur ein Bruchteil der Mittel des Digitalpakts an den Schulen angekommen war, ein Versäumnis, das sich jetzt rächte. Doch, bei aller Berechtigung der Defizitbeschreibung – die politische Diskussion dazu, wie man an unseren Schulen die Digitale Transformation gestalten könne, fokussiert sich derzeit leider weitgehend auf technische Aspekte und dies greift eindeutig zu kurz.

Digitale Bildung darf sich NICHT nur auf technische Aspekte konzentrieren.

Kinder lernen fast alles, wenn man ihnen einen Computer gibt und Fragen stellt, sagt der indische Bildungsforscher Sugata Mitra, der in dem Feldversuch „Hole the wall“ Kindern in indischen Slums Computer zur Verfügung stellt. Der Glaube daran, dass das Internet, Computer, digitale Tools, der Zugang zu Wissens- und Datenbanken das Lernen, ja den Bildungsprozess insgesamt, revolutionieren werden, ist gegenwärtig so stark wie nie zuvor. Die Bundesregierung und die Mehrzahl der Länder haben eine „Digitale Agenda“ vorgelegt. Sie versprechen darin nichts weniger als eine Digitale Revolution für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, die Wissenschaft und die Schulen. Digitale Bildung lautet das neue Schlagwort, ja die neue Wunderwaffe bei der Wissensaneignung

nung. Analoges Lernen ist out, digitales Lernen ist in. Fast könnte man den Eindruck gewinnen, der Nürnberger Trichter wäre nun endlich doch entdeckt worden, ein Wundermittel, mit dem Lernen quasi wie im Schlaf gelingen könnte.

Die Vorteile digitaler Unterrichtsmedien liegen auf der Hand: Interaktivität, Simulationsmöglichkeiten, Visualisierungen und Individualisierungen, größere Unabhängigkeit von Zeit und Ort, Ermöglichung netzwerkartiger, zusammenarbeitender Lernkonzepte. Aber man muss sich auch der Grenzen bewusst sein. Gerade die Zeit der Schulschließungen hat schmerzlich vor Augen geführt, dass selbst gelingender Fernunterricht guten Präsenzunterricht mit dem direkten, persönlichen Kontakt aller Beteiligten nicht ersetzen kann. Es spricht einiges dafür, dass der gegenwärtige Erwartungshype an die Segnungen der Digitalisierung mit der künftigen Realität nicht übereinstimmen wird. Der Lernprozess selbst kann auch morgen nicht digitalisiert werden, er bleibt eine Leistung des menschlichen Gehirns. Ob man unregelmäßige lateinische Verben mit einem Computerprogramm, dem mittlerweile schon fast antiken Zettelkasten, einem Wörterbuch oder durch stundenlanges Memorieren erlernt, – es bleibt ein mühsamer, nicht immer Freude bereitender Aneignungsprozess, den einem keine Technik der Welt abnehmen kann.

Wer, und das finde ich auch richtig, Digitalisierung in Schulen vorantreiben will, muss auf eines besonders achten, nämlich, dass die Technik der Pädagogik folgt und nicht umgekehrt. Wir müssen der Gefahr begegnen, dass Lerninhalte mehr von den technischen als von den pädagogisch-didaktischen Faktoren bestimmt werden. Die Phase des Fernunterrichts hat manche Probleme

me aufgezeigt, die letztendlich nicht technisch, sondern nur didaktisch zu lösen sind. Etwa die Tatsache, dass Bildschirmlernen schnell ermüdet, ein hohes Maß an Selbstdisziplin und Selbstlernkompetenz bei den Lernenden notwendig ist und nicht zuletzt häufig Fragen ungeklärt bleiben, weil der direkte Erfahrungsaustausch und der Kontakt zu Lehrpersonen fehlen.

Das DIGITALE Lernen muss vorrangig von den pädagogisch-didaktischen Faktoren bestimmt werden.

Alle Schulen brauchen darüber hinaus passgenaue, auf das jeweilige Schulprofil bezogene Medienkonzepte. Der kompetente Umgang mit digitalen Medien ist für junge Menschen in unserer Gesellschaft unabdingbar. Jede Bildungseinrichtung steht vor der Notwendigkeit einer systematisch aufbauenden Vermittlung eines sicheren, kompetenten und reflektierten Umgangs mit neuen Medien, modernen Informationstechnologien, sozialen Netzwerken und digitalen Kommunikationsformen. Dabei mögen Jugendliche durchaus oft einen Vorsprung gegenüber ihren Lehrkräften haben, was die Techniknutzung etwa der neuesten Smartphone-Generation angeht. Die zentrale Schlüsselkompetenz in der digitalen Wissensgesellschaft ist aber die Fähigkeit, riesige, über das Internet und andere Informationsquellen jederzeit verfügbare und abrufbare Informationsmengen in sinnvoll

nutzbares, kritisch reflektiertes und flexibel anwendbares Wissen zu verwandeln. Dreh- und Angelpunkt, um diese Herausforderung zu bewältigen, sind und bleiben die Lehrkräfte, die für die Bewältigung dieser Aufgabe sowohl, was den technischen wie inhaltlichen Umgang mit den neuen Technologien als auch moderne, digitale Medien einbeziehende Unterrichtskonzepte anbietet, gut gerüstet sein müssen.

Die Vorstellung, digitale Medien würden zukünftig Schule als Lernort und Lehrkräfte als Vermittler ersetzen können, teile ich in keiner Weise. Schule wird auch in Zukunft ein zutiefst personaler Austauschprozess bleiben. Ohne den sozialen Faktor ist Schule schwer vorstellbar. Digitale Medien bieten aber in der Tat große Chancen, bereits bisher als zentral erkannte Unterrichtsziele wie selbständiges, problemorientiertes und forschendes Lernen und die Förderung individueller Entwicklungspotenziale noch intensiver und umfassender zu verfolgen.

Die gesellschaftliche Verantwortung unserer Schulen für die Welt von morgen und eine bessere Zukunft

Die politischen Entwicklungen, die sozialen Veränderungen und die ökologischen Probleme in unserer Welt bringen uns heute oft aus der Fassung. Bis vor kurzem allgemein gültige Regeln und Werte werden in Frage gestellt, keine der Errungenschaften unserer westlichen Zivilisation scheint noch auf sicherem Fundament zu ruhen, weder Demokratie noch Humanismus, weder Freiheit noch Brüderlichkeit. Die Schreckgespenster Nationalismus, Fremdenhass, Autoritarismus und religiöser Fanatismus, die endgültig überwunden schie-

SCHULEN sollen auch zukünftig Wissen, Werte und Demokratiebewusstsein vermitteln.

nen, erheben sich quicklebendig aus der Mottenkiste der Geschichte. In dieser Phase brauchen wir neben der notwendigen Aufgeschlossenheit für Neues verstärkt eine Rückbesinnung auf den Kern eines humanistischen Bildungsverständnisses, das weit über die bloße Vermittlung von Kompetenzen und Lernwissen hinausreicht.

Unsere Schulen sind das Herz der Wertevermittlung und der Demokratieerziehung unseres Landes. Besonders dort kann und muss unsere Gesellschaft die verantwortungsvolle Aufgabe, die Zukunftschancen unserer jungen Menschen, Menschenwürde, Toleranz und Solidarität sowie soziales Miteinander zu vermitteln, wahrnehmen. ///



/// HEINZ-PETER MEIDINGER
ist Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Berlin, und war bis Juli 2020 Schulleiter des Robert-Koch-Gymnasiums in Deggendorf.

/// Was bedeutet die Präsidentschaft Joe Bidens für Europa?

DIE USA ZWISCHEN RÜCKZUG UND ENGAGEMENT

HEINRICH KREFT /// Nach vier Jahren Präsidentschaft Trump stehen die USA vor einer außenpolitischen Richtungsentscheidung, während die transatlantischen Beziehungen, die in den vergangenen 70 Jahren viele Ups and Downs gesehen haben, nicht nur aus europäischer Perspektive, in einem tiefen Tal stecken. Zu Beginn der dritten Dekade des 21. Jahrhunderts ringen die USA wie nahezu alle Länder der Welt mit den enormen Herausforderungen der Corona-Pandemie und ihren Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Zudem muss Washington die Folgen für die internationalen Beziehungen und damit für die US-Außen- und Sicherheitspolitik in den Blick nehmen. Welchen Weg wird Präsident Joe Biden wählen?

Covid-19 hat weltweit inzwischen über eine Million Tote gefordert, davon allein fast 250.000 in den Vereinigten Staaten. Die Pandemie und ihre Bekämpfung hat die Weltwirtschaft in die tiefste Rezession seit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre gestürzt. Daher ist es keine Schwarzmalerei von einer Corona-Depression oder „Pandemic Depression“ zu sprechen. Die Weltbank geht davon aus, dass über 60 Millionen Menschen in

die absolute Armut zurückfallen werden. Damit würde ein großer Erfolg der Arbeitsbekämpfung der vergangenen vier Dekaden in kürzester Zeit zunichtegemacht. In nur wenigen Wochen verwandelte sich auch das amerikanische Jobwunder des vergangenen Jahrzehnts in Massenarbeitslosigkeit und selbst Optimisten erwarten bis weit in das Jahr 2021 hinein doppelt so hohe Arbeitslosenzahlen wie vor der Pandemie. In Europa wur-



China ist auf dem Weg, den USA die Vormachtstellung streitig zu machen.

den v.a. die Erfolge der südlichen EU-Mitgliedsstaaten, allen voran Spanien, in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch den Lockdown zunichtegemacht. Gerade die Jugendarbeitslosigkeit war in Folge der Finanz- und Staatsschuldenkrisen ein Dauerproblem in dieser Region.

Beschleunigung und Verstärkung internationaler Trends durch Covid-19

Die Corona-Pandemie dürfte zudem viele Entwicklungen der letzten Jahre verstärken und beschleunigen.¹ Hier ist an erster Stelle der Niedergang der von den USA maßgeblich errichteten und angeführten liberalen, regelbasierten internationalen Ordnung zu nennen, bedingt vor allem durch den Rückzug der USA und den Aufstieg Chinas und der sich daraus entwickelnden neuen Großmachtrivalität.

Die Corona-Pandemie hat viele Entwicklungen **BESCHLEUNIGT**.

Die USA und Europa sind derzeit weitgehend mit sich selbst beschäftigt und China zeigt immer deutlicher seine Ambitionen, zur bestimmenden Macht in Asien aufzusteigen und internationale Organisationen und Regeln stärker an den eigenen Interessen auszurichten. Die VR China, in der das Corona-Virus seinen Ursprung hat, besitzt gute Chancen, als erste größere Volkswirtschaft einen Weg aus der Rezession zu finden. Allerdings hat die Pandemie, entgegen dem selbstbewussten Auftreten Chinas auf

dem internationalen Parkett, mit seiner Kontinente umspannenden „Maskendiplomatie“² auch die Führung der Kommunistischen Partei verunsichert. Aus Sorge vor sozialen Unruhen aufgrund der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums hat die Partei- und Staatsführung die Überwachung der eigenen Bevölkerung und die Unterdrückung oppositioneller Meinungen verschärft. Das im Sommer vom Nationalen Volkskongress verabschiedete, auf Hongkong zielende Sicherheitsgesetz ist nur ein Indiz dafür, wie auch die aggressive „Wolfskämpfer“-Diplomatie Chinas mit seinen militärischen Machtdemonstrationen im West-Pazifik und dem Anheizen des Grenzkonflikts mit Indien.

Anders als die von Graham Allison als große Gefahr beschriebene und viel zitierte Thukydides-Dynamik³ zwischen der aufstrebenden und der Status-quo-Macht zeigen sowohl China als auch die USA auf der einen Seite Ambition und Stärke und auf der anderen Verletzlichkeit und Schwäche. Diese Mischung dürfte nicht weniger gefährlich sein als die Thukydides-Falle, denn schon mancher Konflikt wurde angeheizt, um Schwächen zu überdecken.

Während sich Washington und Peking immer intensiver beäugen, ist Putins Russland darauf bedacht, die Schwächen seiner Gegner, wo auch immer sich diese zeigen, auszunutzen und in das Vakuum vorzustoßen, das andere durch ihren Rückzug oder ihre Unentschlossenheit verursacht haben – so geschehen in Syrien und Libyen. Allerdings sieht Putin durch den Zusammenbruch des Ölmarktes und der damit einhergehenden Einnahmeausfälle sowie seines Missmanagements der Covid-19-Pandemie auch seinen eigenen außenpolitischen Manövrierspielraum eingeengt. Russland, des-

Putin versucht, das derzeitige ordnungspolitische Machtvakuum für **RUSSLAND auszunutzen.**

sen einseitig auf fossile Energieträger ausgerichtete Volkswirtschaft gerade noch die Größe Italiens erreicht, dürfte allerdings auch in Zukunft versuchen, sich mittels Fake-News-Kampagnen und anderen Mitteln in die Innenpolitik anderer Länder einzumischen.

Die Europäische Union, die neben der Pandemie mit den Folgen des Brexit und der zunehmenden Polarisierung zwischen Ost und West sowie Nord und Süd zu kämpfen hat, sieht sich mit einem selbstbewussten, aufstrebendem China, einem revisionistischen Russland und einer in den vergangenen vier Jahren erratischen USA konfrontiert.

Die Pandemie hat auch das ordnungspolitische Chaos im Nahen und Mittleren Osten vergrößert. Die Hardliner im besonders hart von Covid-19-Infektionen betroffenen Iran und Washington treiben sich seit Monaten gegenseitig die Eskalationsleiter hoch. Im Jemen liefern sich der Iran und arabische Staaten mit Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten an der Spitze einen blutigen Stellvertreterkrieg. In Libyen wird der den Osten des Landes beherrschende General Haftar neben Russland auch von den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Ägypten unterstützt; gegen die vor allem von der Türkei mit Waffen und syrischen Söldnern versorgte sogenannte Einheitsregierung in Tripolis. In Syrien köchelt

der Bürgerkrieg auf niedrigem Niveau weiter und verhindert den Wiederaufbau und die Rückkehr von Millionen Flüchtlingen, die in Jordanien, im Libanon und in der Türkei ausharren. In ihrer Verzweiflung geben viele die Hoffnung auf Rückkehr in die Heimat auf und träumen von einer besseren Zukunft in Europa.

Israel hat durch seine zunächst von Washington unterstützte Ankündigung, Teile der Westbank zu annektieren, der Zwei-Staaten-Lösung einen schweren Schlag versetzt, während die von Präsident Trump gefeierten Abkommen zwischen Israel und den VAE sowie Bahrain wenig zum Nahostfriedensprozess beitragen dürften.

Im globalen Süden hat die Pandemie die zahlreichen fragilen Staaten noch weiter geschwächt. Lateinamerika erlebt den größten ökonomischen Einbruch seiner modernen Geschichte, seit der Zerstörung seiner vorkolonialen Reiche durch die Spanier. Afrika mit seinen überbordenden Metropolen und in vielen Ländern permanent von Nahrungsmittel-, Wasser- und Gesundheitskrisen bedroht, sieht sich den größten existenziellen Risiken ausgesetzt.

All diese Herausforderungen und Unsicherheiten werden zusätzlich verstärkt durch die fortschreitenden technologischen Disruptionen und der sich verschärfenden ideologischen und wirtschaftlichen Rivalität zwischen Washington und Peking. Die Geschwindigkeit der Veränderungen überfordert die mit Krisenmanagement ausgelasteten Regierungen, die dafür erforderlichen Regeln zu entwickeln und durchzusetzen. In der heutigen Welt verbreiten sich Fake News in Windeseile und zum Teil schneller als korrekte Nachrichten. Die Corona-Pandemie hat uns in diesem

Jahr vor Augen geführt, wie anfällig unsere globalisierte Welt gegenüber solchen Infektionen geworden ist und wie lange es braucht, um mit der Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten diese einzudämmen.

Die massentauglichen Technologien, die Milliarden von Menschen neue ökonomische Möglichkeiten und Freiheiten eröffnet haben, werden zunehmend von autoritären Regimen angewandt, um die eigenen Bürger zu überwachen und die Opposition zu unterdrücken. Das hohe Lied auf die Globalisierung wird in dem Maße leiser, wie die wirtschaftliche Ungleichheit global

Globalisierung, Digitalisierung und die Corona-Pandemie stellen die Welt vor große **HERAUSFORDERUNGEN.**

wächst und diese in vielen Regierungen protektionistische und dirigistische Reflexe („America First“ – „Buy American“) auslöst. Der Siegeszug der liberalen, marktwirtschaftlich verfassten Demokratie („The End of History“) ist jäh ausgebremst worden. Auf allen Kontinenten, selbst innerhalb westlicher Demokratien, wächst die Unterstützung für nicht-demokratische und populistische Parteien und Bewegungen. Zahlreiche internationale Organisationen sind über die Jahre aufgrund überbordender Bürokratie, Unterfinanzierung sowie wachsender Großmachtrivalitäten ausgezehrt und sehen sich in der

Ausübung ihrer eigentlichen Aufgaben blockiert (u. a. WTO, WHO).

Dabei steht die Welt mit dem drohenden Klimawandel und all dessen Folgen vor der größten Herausforderung überhaupt, nämlich der Bewahrung der Schöpfung, das Überleben von Mensch und Natur schlechthin. Allein diese Herausforderung schreit geradezu nach einer starken Führung, die den Weg in eine neue kooperative Weltordnung weist und die Menschheit durch diese kritische Zeit navigiert.

Abschied von der Rolle der westlichen Vormacht

Als 2014/2015 eine von Afrika ausgehende Ebola-Epidemie drohte, war es US-Präsident Obama, der eine Koalition von Ländern einschließlich Chinas zusammenbrachte, um gemeinsam die weitere Ausbreitung der Krankheit zu verhindern. In der Finanzkrise 2008, die in den USA ihren Ausgangspunkt („subprime“ / Lehman Brothers) hatte, war es die US-Administration, die in enger Abstimmung mit China, der EU und anderen (G-20) die Weichen für ein erfolgreiches Krisenmanagement gestellt hat. Zu Beginn des Corona-Lockdowns wurden nicht einmal die europäischen Partner vorab informiert, als die USA einen Einreisestopp aus Europa verhängten. Dieses hätte die Europäer nicht überraschen dürfen, denn „for President Donald Trump, America First really means Trump first, America alone, and Americans on their own“, so der ehemalige Vize-Außenminister der Obama-Administration, William Burns.⁴

Als erster amerikanischer Präsident seit dem Zweiten Weltkrieg hat Donald Trump „mit dem lange vorherrschenden außenpolitischen Konsens [gebrochen], nach dem die USA die Rolle eines ‚libe-

ralen‘ oder ‚wohlwollenden‘ Hegemons spielen, der nicht nur enge nationale Interessen verfolgt, sondern die Stabilität des internationalen Systems garantiert und öffentliche Güter bereitstellt“⁵. Das Narrativ der „indispensable power“ (M. Albright) wurde ersetzt durch eine rein an den eigenen Interessen orientierte Weltmachtspolitik („America First“). Allianzen und Partner wurden nur noch nach ihrem Wert für die amerikanischen Kerninteressen bewertet. Dieses bekamen insbesondere die Europäer zu spüren. Hatte schon Obama den Fokus amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik von Europa stärker nach Asien verlagert („pivot to Asia“), machte Trump gar nicht erst den Versuch, die Rolle des „nice guy“ zu spielen, sondern begegnete den Europäern mit einer Mischung aus Respektlosigkeit und (nicht unberechtigten) strengen Forderungen (Zwei-Prozent-Ziel für Verteidigung).

Trump verfolgte eine nur an den AMERIKANISCHEN Interessen orientierte Weltmachtpolitik.

„Neo-Isolationisten versus „aufgeklärte Globalisten“

Die USA stehen nach vier Jahren Trump-Administration vor einer außenpolitischen Richtungsentscheidung, wobei sich im Wesentlichen zwei Denkschulen gegenüberstehen, die beide tief in der amerikanischen politischen Kultur verankert sind. Auf der einen Seite steht die, die ich als „Neo-Isolationisten“ bezeich-

nen möchte, und die den Rückzug der USA auf sich selbst und eine Beschränkung des globalen Engagements auf die nationalen Kerninteressen fordern. Diese Denkschule hatte in den vergangenen vier Jahren einen erkennbar großen Einfluss auf die US-Außenpolitik.

Ihnen steht eine Denkschule gegenüber, die ich als „aufgeklärte Globalisten“ bezeichnen möchte, die grundsätzlich der Globalisierung positiv gegenüberstehen, aber auch ihre Schattenseiten (Verlust der Mittelschicht, Wachsen von Ungleichheiten) sehen und die auch die mangelnden Erfolge der US-Außenpolitik bei dem Versuch der Einbeziehung Chinas als „responsible stakeholder“ (B. Zoellick) in die bestehende internationale Ordnung sowie die kostspieligen amerikanischen Engagements zum Aufbau demokratischer Regime (u. a. Afghanistan, Irak) hinterfragen; denen aber auch der Rückzug der USA aus ihrer globalen Führungsrolle unter Trump zu weit gegangen ist und die eine Rückkehr zu einer aktiveren Außenpolitik fordern. Diese Denkschule hatte großen Einfluss auf die Obama-Administration und einige ihrer Mitglieder gehören zum engeren Beraterstab Joe Bidens.

Was bedeutet das für die transatlantischen Beziehungen und Europa?

Hätte Donald Trump eine zweite Amtszeit gewonnen, gäbe es wenige Gründe, davon auszugehen, dass er nicht an seiner, an engen nationalen Kerninteressen ausgerichteten Außen- und Sicherheitspolitik festhalten würde. Was aber darf von einer Präsidentschaft Joe Bidens und einer demokratischen Administration erwartet werden? Als Kandidat hat Joe Biden bereits angekündigt, dass eine

Die USA haben mit der Trump-Administration viel Vertrauen und Respekt in der Welt VERLOREN.

seiner ersten Amtshandlungen der Wiederbeitritt der USA zum Pariser Klimaabkommen sein werde, was sicherlich in weiten Teilen Europas begrüßt werden dürfte. Sicherlich dürfte auch seine Rhetorik gegenüber Europa an die Obamas anknüpfen. Eine breite Rückkehr zur Außenpolitik Obamas dürfte aber nicht erfolgen, denn die Welt hat sich in den vergangenen vier Jahren deutlich gewandelt, nicht nur, aber auch wegen der Politik Donald Trumps sowie der Corona-Pandemie und ihrer noch kaum abschätzbaren Folgen.

Die USA haben in den vergangenen vier Jahren nicht nur in Europa und im Nahen Osten viel Vertrauen und Respekt verloren. Diese „soft power“ wiederzugewinnen, dürfte nicht leicht sein und längere Zeit in Anspruch nehmen. In vielen von den USA geräumten Positionen haben sich inzwischen andere Mächte etabliert: China, Russland und auch das NATO-Land Türkei, das unter Präsident Erdogan zunehmend eine, europäischen und auch amerikanischen Interessen zuwiderlaufende, expansive, interventionistische Außenpolitik (Syrien, Irak, Libyen, Aserbaidschan / Armenien) betreibt und den latenten Konflikt mit Griechenland (Gasexploration um Zypern) eskaliert.

Selbst, wenn die Biden-Administration diese Positionen zurückgewinnen wollte, was keinesfalls ausgemacht ist,

dürfte dieses kein leichtes Unterfangen sein. Präsident Biden wird sich zudem – zumindest in der Anfangszeit – prioritär der Innenpolitik widmen müssen und wollen. Die Überwindung der, durch die Corona-Pandemie verschärften innenpolitischen Polarisierung zwischen Arm und Reich, Weißen und Farbigen („Black Lives Matter“) sowie Republikanern und Demokraten dürfte die oberste Priorität seiner Präsidentschaft sein.

In Europa wird häufig übersehen, dass es für den amerikanischen Kurswechsel in der Chinapolitik einen breiten überparteilichen Konsens gibt. Schon Präsident Obama hatte den Fokus seiner Außenpolitik in Richtung Asien verschoben. Der Grund war natürlich der wirtschaftliche und der damit einhergehende politische und militärische Aufstieg Chinas und eine Rückversicherung der asiatischen Sicherheitspartner, vor allem Japans und Taiwans, dass die USA zu ihren Bündnisverpflichtungen und Sicherheitsversprechen stehen.

Der Aufstieg Chinas wird über die Parteigrenzen hinweg als der große „game-changer“ – und das nicht nur für Asien – gesehen. Die USA stellen sich auf einen neuen Bilateralismus mit China als dem erstarkenden Rivalen ein, den es einzuhegen gilt. In Washington ist man überzeugt, dass die strategische Rivalität mit China zum neuen Paradigma der internationalen Beziehungen werden dürfte. Hier dürfte sich eine Biden-Administration wenig von ihrer Vorgängerin unterscheiden, allerdings darf von Präsident Biden erwartet werden, dass der Dialogfaden mit der Führung in Peking wieder dichter gewoben wird.

Europa ist daher gut beraten sich darauf einzustellen, auch von einer Biden-Administration in die Pflicht genommen zu werden, die amerikanische China-

politik zu unterstützen oder zumindest nicht zu unterlaufen. Die jüngste vorsichtige Neu-Positionierung Deutschlands („Indo-Pazifik-Leitlinien“ der Bundesregierung und anderer EU-Staaten wie Frankreich) und der EU vis-à-vis China in Richtung einer kritischeren Haltung, könnte die Grundlage einer engeren transatlantischen Abstimmung in der Chinapolitik werden.

Dass auch eine Biden-Administration an dem im NATO-Rahmen von allen Mitgliedern gemeinsam vereinbartem „2-Prozent-Ziel“ festhalten dürfte, ist auf jeden Fall zu erwarten. Das bedeutet für die meisten europäischen NATO-Mitglieder einschließlich Deutschland

Die amerikanische Chinapolitik wird weiterhin auf strategische RIVALITÄT ausgelegt sein.

eine deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Allerdings ist dieser Weg auch längst beschritten worden und entspricht zudem den europäischen Sicherheitsinteressen angesichts der aggressiven russischen Politik und den wachsenden Unsicherheiten in der europäischen Peripherie; von der Ukraine, dem Südkaukasus und über den Nahen Osten bis nach Nordafrika.

Präsident Trump hat nicht nur den amerikanischen Austritt aus dem Pariser Klimaschutzabkommen verfügt, sondern auch aus dem Nuklearabkommen mit dem Iran und hat mehreren Abrüstungsabkommen den Rücken gekehrt.

Hier ist eine Kehrtwende der kommenden Biden-Administration möglich, obwohl es auch unter den Demokraten Kritik an diesen Abkommen gibt und der Senat, der internationale Abkommen ratifizieren müsste, mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auch weiterhin von den Republikanern dominiert werden dürfte.

Von der Biden-Harris-Administration kann auch eine De-Blockierung der WTO erwartet werden und eine positivere Einstellung gegenüber den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen. Dieses dürfte aber begleitet sein von (nicht unberechtigten) Forderungen nach Reformen dieser Institutionen – Reformen, die auch im europäischen Interesse sind und daher unterstützt werden sollten. Auch ein Präsident Biden wird sicherlich nicht die ganze multilaterale Agenda Europas übernehmen, dennoch dürften die transatlantischen Beziehungen wieder in deutlich ruhigeres Fahrwasser kommen. Dieses sollte von den Europäern pro-aktiv genutzt werden.

Schon Präsident Bush (I) hatte nach Ende des Kalten Krieges dem wiedervereinigten Europa eine „partnership in leadership“ angeboten. Da sich die USA damals im Zenit ihrer Macht („unipolar moment“) befanden, brauchten die USA zu diesem Zeitpunkt die Unterstützung ihrer europäischen Partner jedoch kaum und die Europäer waren auch weder willens noch in der Lage, in eine solche Partnerschaft nennenswerte Substanz einzubringen.

Diese Lage hat sich in der Zwischenzeit vor allem durch den Aufstieg Chinas (und anderer Schwellenländer) und den relativen Abstieg der USA (und Europas) deutlich geändert. Daher sollte Europa selbst mehr in die eigenen „souveränen“ Fähigkeiten (und nicht nur im Verteidi-

Unter Präsident Biden werden sich die transatlantischen Beziehungen wahrscheinlich wieder VERBESSERN.

gungsbereich!) investieren, um gemeinsam mit den USA zum Erhalt der liberalen internationalen Ordnung beizutragen und diese Bereitschaft der schon im Entstehen begriffenen Biden-Administration frühzeitig zu signalisieren. ///



/// DR. HEINRICH KREFL

ist Inhaber des Lehrstuhls für Diplomatie und Leiter des Zentrums für Diplomatie an der Andrassy Universität Budapest. Zuvor war er deutscher Botschafter in Luxemburg.

Anmerkungen

¹ Haass, Richard: The Pandemic Will Accelerate History Rather Than Reshape it. Not Every Crisis is a Turning Point, in: Foreign Affairs, 2020/4.

² Krefl, Heinrich: Chinas Maskendiplomatie und der Kampf um das Corona-Narrativ, in: Denkwürdigkeiten, Nr. 116, 2020/4, S. 1-6.

³ Allison, Graham T.: Destined for War: Can America and China Escape Thucydides' Trap?, London 2017.

⁴ Burns, William: Carnegie Endowment for International Peace, Washington DC 2020.

⁵ Rudolf, Peter: Transatlantische Ungewissheiten und strategische Risikoabsicherung, in: Krisenlandschaften und die Ordnung der Welt, hrsg. von Barbara Lippert und Günther Maihold, Berlin 2020, S. 91-94.

/// Strategische Perspektiven und Auswirkungen der Corona-Pandemie

DER EUROPEAN GREEN DEAL

FRANK UMBACH /// Mit dem European Green Deal vom Dezember 2019 will die EU zum ersten Kohlenstoff-neutralen Kontinent bis 2050 werden. Doch die globale Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft haben eine Neudefinierung der Prioritätensetzungen erzwungen, die auch zu Kürzungen bei grünen Programmen geführt haben, gegen die sich das Europäische Parlament allerdings wehrt.

Einführung

Mit der jüngsten Einigung in der EU-27 wurde ein Konjunktur- und Investitionsprogramm für die nächste Generation von 750 Mrd. Euro, davon 360 Mrd. Euro durch Kredite, vereinbart, das sich zusammen mit dem siebenjährigen Haushalt (2021-2027) auf über 1,8 Bio. Euro beläuft. Rund 30 % der Investitionen sollen in klimagerechte Zukunftsprojekte investiert werden. Allerdings waren dem längsten Ratsgipfel in der EU-Geschichte ein schwerer Verhandlungsmarathon und eine schwierige Kompromissuche vorausgegangen. Im Resultat führte dies auch zu Kürzungen des EU-Forschungs-

haushaltes und von klimapolitisch wichtigen Finanzinstrumentarien. Diese Kürzungen sind allerdings im Europäischen Parlament, das der Einigung der 27 EU-Regierungschefs zustimmen muss, auf massive Kritik gestoßen. Daher ist es gegenwärtig unsicher, ob es in dieser Form und schnell im Parlament Zustimmung finden wird.

Dabei soll sich das größte Haushalts- und Finanzpaket der EU-Geschichte wesentlich am European Green Deal (EGD) vom Dezember 2019 orientieren.¹ Dieser soll aus Sicht der Europäischen Kommission zugleich Kompass und Motor aller Investitionen sein, mit



Auch die EU muss dem Klimawandel mit seiner Politik Rechnung tragen. Dazu hat sie das Programm European Green Deal aufgelegt.

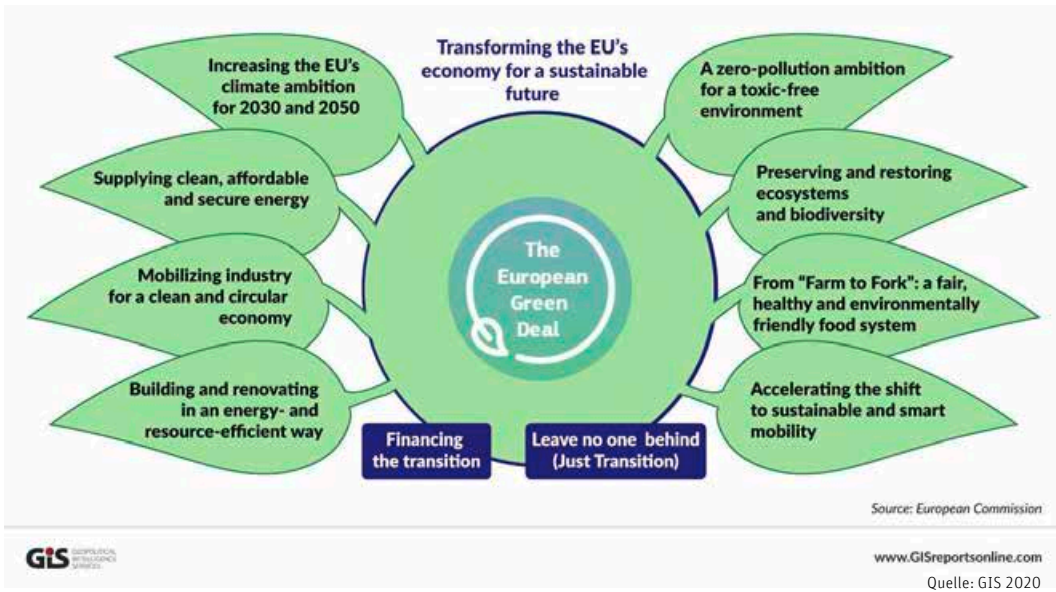
dem Europa kollektiv bis 2050 der erste Kohlenstoff-neutrale Kontinent der Welt sein will.² Das Ziel des „Man on the Moon Moment“-Projektes (so Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen) soll auf einer umfassenden Wachstums-

und Innovationsstrategie aller wirtschaftlichen Sektoren der EU basieren, um die kurz- und langfristigen Ziele der Treibhausgasemissionen zu erreichen.

Mit dem Anfang März 2020 vorgeschlagenen europäischen Klimagesetz wurde das EGD flankiert und soll das mittelfristige Reduktionsziel der EU-Emissionen bis 2030 von derzeit minus 40 % auf minus 50 bis 55 % gegenüber 1990 gesetzlich verbindlich verankert werden.³ Das Europäische Parlament will die Emissionen sogar um 60 % reduzieren. Die von der Kommission angestrebte Zielanhebung würde eine zusätzliche Emissionssenkung von 30 bis

Ein Konjunktur- und Investitionsprogramm der EU soll in KLIMAGERECHTE Zukunftsprojekte investieren.

Abbildung 1:
The European Green Deal



35% gegenüber 1990 in nur zehn Jahren erfordern und eine Verfünffachung der bisherigen Reduzierungsgeschwindigkeit aller EU-27 Mitgliedsstaaten bedeuten.⁴

Dieser Effekt wirkt jedoch nur temporär und löst nicht die grundlegenden Zielkonflikte zwischen Klimaschutz, langfristig nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung und den eher kurz- bis mittelfristigen Erfordernissen der wirtschaftlichen Wiederbelebung von der Pandemie sowie der strukturellen Aufrechterhaltung von ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit, sozialer Ausgewogenheit und politischer Stabilität. Für Deutschland ist dieser Spagat umso herausfordernder und problematischer, da er einerseits der mit Abstand größte Nettozahler der EU ist und andererseits weltweit kein

anderer Staat bisher einen Doppelausstieg aus Kernenergie (bis 2021) und Kohle (bis spätestens 2038) vollzieht.

Zudem ist die Berechnungsgrundlage weiterhin unklar, da mit dem Brexit Großbritannien ausscheidet, das als zweitgrößter Emittent der EU mit seinem rechtlich verbindlichen nationalen Klimaziel der Emissionsreduzierung um 57% bis 2030 gegenüber 1990 vorangeschritten ist und die bisher vereinbarte EU-Emissionsreduzierung um 40% schon vorzeitig (2018: -44%) übertroffen hat. Die EU kommt dann bei ihrem bisherigen Klimaziel der Emissionsverringerung um 40% bis 2030 ohne Großbritannien nur noch auf 37%. Mit der Erhöhung der Emissionsreduzierung um 55% bis 2030 müsste die EU zusätzlich 504 Mio.t. Treibhausgase (THG) mindern, vergleichbar den gesamten

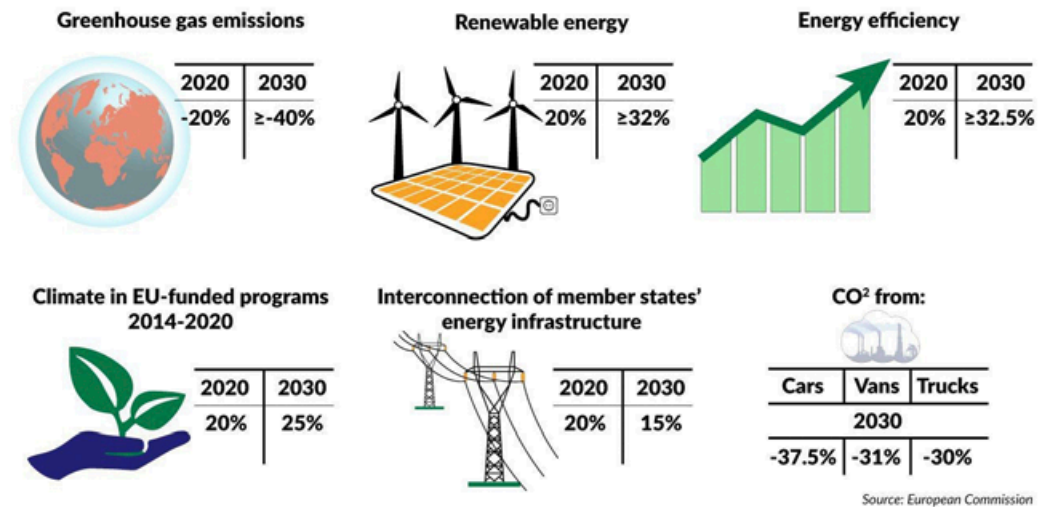
Emissionen Italiens und Österreichs. Wird Großbritannien aus der EU-28 herausgenommen, wären dies sogar 863 Mio.t., vergleichbar der gesamten Emissionen von Polen und Frankreich im Jahr 2017.⁵

Wirtschaftliche und klimapolitische Auswirkungen des EGD

Eine Verschärfung der Emissionsreduzierungen bis 2030 von 40% auf 50% bis 55% ist nur mit der Flankierung der breiteren sowie ehrgeizigen Industriestrategie vom März 2020⁶ realistisch und kann nicht länger auf den Energiesektor begrenzt bleiben. Um politische Schnellschüsse zu vermeiden und realistische sowie kosteneffiziente Umsetzungsstrategien zur Erreichung der neuen Klimaschutzziele zu implementieren, hat das Europäische Parlament durchge-

setzt, eine umfassende Folgenabschätzung (Impact Assessment) zur Finanzierbarkeit, der Versorgungssicherheit sowie für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft in Europa bis September 2020 vorzunehmen. Dies schließt auch eine kritische Überprüfung der bisherigen Strategien, einschließlich der Vermeidung von Carbon Leakage-Effekten (lediglich Verlagerung von Emissionen aus Europa in außereuropäische Länder wie China, USA u.a.), Beihilferegulungen und die kostenfreie Zuteilung von Emissionszertifikaten sowie die Strompreiskompensation für besonders stark betroffene Unternehmen und Branchen wie der energieintensiven Wirtschaft mit ein. Insgesamt kommt dieses zur Schlussfolgerung, dass es „machbar und vorteilhaft sei“, basiert jedoch auf vielen „Best Case“-Annahmen.

Abbildung 2:
EU energy and climate targets 2018 / 2019 before the EGD



Zur Umsetzung der neuen Klimaschutzziele bedarf es vorab einer FOLGENABSCHÄTZUNG.

Zwischen 1990 und 2018 konnte die EU ihre Emissionen um 23 % reduzieren und so das 20%-Ziel des CO₂-Ausstoßes für 2020 schon vorzeitig erreichen, obwohl die Wirtschaft im selben Zeitraum um 61 % gewachsen ist. Demgegenüber schien das Energieeffizienzziel von minus 20 % gegenüber 1990 beim Energieendverbrauch der EU bis Ende des Jahres kaum zu erreichen sein, da dieses 2018 noch 3,2 % von der Zielmarke entfernt war. Gegenüber dem Ziel von 2030 wurde dieses 2018 sogar um 17 % noch verfehlt.

Aus Sicht der Wirtschaft und der Kommission hat sich der europäische Handel mit Emissionszertifikaten (EU-ETS) als wirksames marktwirtschaftliches Instrument bewährt, um die Klimaziele in den vom ETS abgedeckten Bereichen zielsicher und kosteneffizient zu erreichen. So sind in Deutschland die Treibhausgas (THG)-Emissionen 2019 gegenüber dem Vorjahr um fast 5 % zurückgegangen, so dass das Emissionsziel von 40 % bis 2020 (gegenüber 1990) nicht mehr so weit vom Stand von 2019 mit 35 % (2018 noch 30,8 %) entfernt war. Dies war im Wesentlichen auf das Marktinstrument ETS zurückzuführen, da mit einem höheren CO₂-Preis der Kohleverbrauch in Deutschland und anderen EU-Staaten zurückging. Auch in der EU gingen bereits bis 2018 die auf den ETS-Bereich entfallenden Emissio-

nen gegenüber 2005 um 26 % (Zielsetzung bis 2020 20 %) zurück. Doch ohne die Pandemieauswirkungen hätte Deutschland in diesem Jahr sein 40%-Ziel der Emissionsreduzierung verfehlt.

Die Kommission hatte mit dem EGD ursprünglich angekündigt, ab 2021 keine fossilen Energieprojekte, einschließlich konventionellen Erdgases, mehr finanziell direkt oder über Kredite europäischer Banken zu fördern. Doch nach Intervention von acht Mitgliedsstaaten sind nun Erdgasprojekte unter bestimmten Bedingungen weiterhin doch erlaubt. Vorerst bleibt auch in der EU umstritten, inwieweit Kernenergie in Europa als saubere und grüne Energie finanziell gefördert werden kann. Die Umsetzung des EGD erzwingt für alle Mitgliedsstaaten erhebliche strukturelle Anpassungen an die jeweilige nationale Energiepolitik, ihre Zielsetzungen und jeweiligen EU-Verpflichtungen. Bereits die längerfristigen Emissionsreduzierungen bis 2050 dürften nach Einschätzungen der Kommission eine Verdoppelung oder gar Verdreifachung des Stromverbrauchs aller Sektoren der EU bedeuten sowie eine Erhöhung des Anteils des Stromverbrauchs von gegenwärtig rund 22 % des finalen Energieverbrauchs der EU auf bis zu 60 % sowie eine Ausweitung der Stromerzeugung durch Erneuerbare Energien auf bis zu 80 %.

Bis Ende 2019 sollten die einzelnen Mitgliedsstaaten bereits detaillierte Nationale Energie- und Klima-Pläne (NECPs) präsentiert haben, um auf dieser Basis in der Kommission Vorschläge, Strategien und Kostenschätzungen für die einzelnen Mitgliedsstaaten zu erarbeiten. Doch bis Anfang Mai 2020 hatten mehrere Mitgliedsstaaten ihre NECPs noch immer nicht vorgelegt. Auch Deutschland reichte erst Anfang

Juni seinen NECP in Brüssel ein, nachdem das Kohleausstiegsgesetz und andere energiepolitische Entscheidungen beschlossenen werden konnten.⁷

Da vor allem in den osteuropäischen Mitgliedsstaaten ein mittelfristiger Kohleausstieg und entsprechende energie-technische sowie -politische Alternativen besonders teuer und diese Länder wirtschaftlich deutlich schwächer als Deutschland sind, droht ein schneller Kohleausstieg sie ökonomisch zu überfordern und deren wirtschaftliche Entwicklung sowie Wettbewerbsfähigkeit in Frage zu stellen. Der Kohleausstieg in Deutschland wird allein rund 50 Mrd. Euro an Strukturhilfen, sozialen Abfederungsprogrammen und Kompensationszahlungen an die Kohlekraftwerksbetreiber erfordern, ohne dass in diesen Programmen damit schon die Neuinvestitionen und Subventionen in alternative Erzeugungs- sowie Systemkapazitäten

Der KOHLEAUSSTIEG ist für viele EU-Mitglieder wirtschaftlich nur schwer durchführbar.

zur Kompensierung der ausfallenden Stromerzeugungskapazitäten berücksichtigt sind. Dabei werden in Deutschland beim Kohleausstieg rund 18.000 Jobs (weitere 10.000 Jobs sind indirekt betroffen) wegfallen. In Polen aber wären direkt rund 100.000 Jobs (indirekt könnten es sogar bis zu 450.000 Jobs sein) durch einen forcierten Kohleausstieg betroffen. Dabei kann Polen auch

nicht annähernd vergleichbare nationale Finanzhilfen für einen mittelfristigen Kohleausstieg gewähren, der regional wie in Schlesien jeden zweiten Arbeitsplatz kosten kann.

Auch wenn zunächst nur Polen offen Vorbehalte geäußert und offiziell den EGD sowie das neue Klimaziel der Emissionsverringerung von 50-55 % zunächst nicht unterstützte, blieben auch andere EU-Staaten vor Ausbruch der Corona-Pandemie skeptisch, inwieweit die neuen Zielsetzungen realistisch bis 2030 umgesetzt werden können, ohne diese Länder ihrer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu berauben oder sie zu großen Schuldenstaaten zu machen. Nach den vorgelegten NECPs halten 11 der 18 EU-Kohleländer einen Kohleausstieg erst nach 2030 für realistisch.

Bereits für die Erreichung der bisherigen Energie- und Klimaziele bis 2030 benötigt die EU nach internen Berechnungen Investitionen in Höhe von jährlich 260 Mrd. Euro. Auch wenn derartige Berechnungen kritisch hinterfragt werden können, lehren die Erfahrungen der deutschen Energiewende eher, dass der Finanzbedarf für die systemische Energietransformation stetig unterschätzt worden ist.

Auch der Just Transition Mechanism (JTM) mit einem Umfang von rund 100 Mrd. Euro für den Zeitraum 2021-2027 muss im Einklang mit den europäischen Klimaschutzziele stehen, so dass die Mitgliedsstaaten zu entsprechenden Strukturreformen in ihrer Energie- und Industriepolitik gezwungen sind. Wesentliche Details wie die Fragen nach dem Schlüssel der Ko-Finanzierung des JTM und der Verteilungsschlüssel konnten aber bisher nicht einvernehmlich vereinbart werden. So argumentiert Polen nicht zu Unrecht, dass es bisher nur

27% des Just Transition Funds (JTF) erhalten sollte, während das Land fast die Hälfte aller in der EU in der Kohleindustrie Beschäftigten von 237.000 Arbeitern stellt. Doch die Kürzungen und Umschichtungen haben nun bewirkt, dass sogar der für den Kohleausstieg vorgesehene JTF nach der jüngsten Haushaltsvereinbarung der EU-27 von ursprünglich 37,5 Mrd. auf 17,5 Mrd. Euro gekürzt wurde.

Zwar hatte die Kommissionspräsidentin auch einen nachhaltigen europäischen Investitionsplan der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 1 Bio. Euro für private und öffentliche grüne Investitionen vorgeschlagen, doch der Großteil der Summe sollten Kredite und keine nicht rückzahlbaren Finanzierungshilfen sein. Tatsächlich standen der Kommission bis zum Pandemieausbruch faktisch nur 7,5 Mrd. Euro an frischem Geld zur Verfügung. Damit aber war der Zielkonflikt mit den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstums-Paktes vorgezeichnet, der sich durch die gegenwärtige europäische Wirtschaftsrezession infolge der Pandemiekrise zusätzlich verschärft hat. Dies gilt insbesondere für Europas und Deutschlands energieintensive Wirtschaft.

Herausforderungen für die energieintensive Wirtschaft Europas

Der EGD könnte für die europäische Industrie und insbesondere für die energieintensive Wirtschaft eine Chance zur nachhaltigen Modernisierung und Stärkung ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit werden oder diese ruinieren und zur Abwanderung ins nichteuropäische Ausland zwingen. Keine andere Branche droht so stark, durch neue zusätzliche Belastungen aus der energie- und klima-

politischen Gesetzgebung betroffen zu sein. Die energieintensive Wirtschaft Deutschlands allein macht mit ihren 2,5 Mio. Beschäftigten jährlich 330 Mrd. Euro Umsatz, investiert jährlich rund 10 Mrd. Euro und hat 17 Mrd. Euro Energiekosten. Mit einer zusätzlichen Abgabe auf fossile Kraft- und Brennstoffe ab Januar 2021 sieht sich die Branche ohnehin einer faktischen Doppelbesteuerung gegenüber, da sie bereits dem europäischen Emissionshandel unterliegt.

Der EGD belastet die **ENERGIEINTENSIVE** Wirtschaft.

Gleichzeitig ist beim Kohleausstieg der von der Kohlekommission empfohlene Ausgleich für die Strompreiseffekte nur noch eine Kann-Bestimmung. Darüber hinaus könnte auch die Marktstabilitätsreserve, mit der überschüssige CO₂-Berechtigungen aus dem Markt genommen werden, wegen den Corona-Auswirkungen sich extrem preissteigernd auf CO₂-Berechtigungen auswirken. Daher sollten folgende Leitvorstellungen eine zentrale Rolle bei der Ausarbeitung einer Implementierungsstrategie für den EGD und kurzfristige Pandemie-Hilfen spielen:

- Der Carbon-Leakage-Schutz droht vor allem für die mittelständische Industrie eine Frage des langfristigen Überlebens zu werden, während gleichzeitig auch aus Gründen des globalen Klimaschutzes eine Verlage-

rung und ein daraus zumeist resultierender Anstieg von CO₂-Emissionen in Ländern mit geringeren Umwelt- und Klimaschutzstandards vermieden werden muss. Die ursprüngliche Annahme im Rahmen des Kyoto-Prozesses, dass nationale Emissionsreduzierungen automatisch zu entsprechenden Reduzierungen des globalen CO₂-Ausstoßes führen und somit dem globalen Klimaschutz dienen, hat sich faktisch als falsch erwiesen. Daher sind Lebenszyklus-Analysen über die gesamte Versorgungskette von der Förderung der Rohstoffe bis zu deren Endverbrauch notwendiger denn je.

- Die Schaffung eines einheitlichen sektorübergreifenden CO₂-Preises im Zuge einer Reform des europäischen Emissionshandels unter Einbeziehung des Wärme- und Verkehrssektors wäre ebenfalls eine Grundvoraussetzung zur Erreichung einer marktwirtschaftlich mittelfristigen CO₂-Reduzierung um bis zu 55% bis 2030.
- Auch wenn ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Border Adjustment Tax) zur Reduzierung von Carbon-Leakage-Effekten von der Kommission tatsächlich WTO-konform ausgearbeitet werden kann, was aber unsicher ist, drohen bei einem EU-Alleingang weltweit protektionistische Gegenmaßnahmen und eine Verschärfung der Handelskonflikte mit den USA, China und weiteren Staaten. Doch wettbewerbsfähige Industriestrompreise sind für den Erhalt industrieller Wertschöpfungsketten notwendiger denn je, da schon heute die Strompreise in der EU deutlich höher sind als in anderen Industrieregionen wie den USA, China, Indien und anderen asiatischen Län-

dern. Innerhalb der EU hat Deutschland die zweithöchsten Industriestrompreise, nach Italien. Diese lagen 2019 mit 15,57 Euro je Kilowattstunde deutlich über dem EU-Durchschnitt von 12,04 Euro. Stattdessen schafft ein einheitlicher europäischer Industriestrompreis mehr Planungssicherheit, stärkt die langfristige Investitionssicherheit im internationalen Wettbewerb und würde zudem die permanenten Konflikte mit der Kommission beenden.

- Jegliche EU-Planungen, ab 2021 keine fossilen Energieprojekte, einschließlich konventionellem Erdgas, mehr finanziell zu fördern, laufen dem Erfordernis zuwider, Gas als Brückentechnologie auch nach 2030 für die Grundlaststabilität und Energieversorgungssicherheit zu erhalten. Daher sind bis 2030 auch neue Gasinfrastrukturen notwendig, die danach mit „grünem Gas“ und Wasserstoff die Umsetzung der längerfristi-

Mit **WASSERSTOFFSTRATEGIEN** soll die Wirtschaft dekarbonisiert werden.

gen Klimaziele für die energieintensive Wirtschaft bis 2050 erst ermöglichen. Hierzu haben sowohl die Bundesregierung Anfang Juni als auch die Europäische Kommission Anfang Juli ihre Wasserstoffstrategien vorgestellt, die vor allem die energieintensive Wirtschaft Europas dekarbonisieren sollen.⁸

Strategische Perspektiven

Die Proklamierung noch ehrgeizigerer Klimaziele und Emissionsreduzierungen sowie ihre rechtliche Absicherung in Form eines Klimagesetzes werden nur dann umsetzbar sein, wenn eine realistische Strategie entwickelt und implementiert wird sowie die notwendigen Technologieoptionen marktfähig bereitstehen. Dabei soll es zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Klimapolitik zahlreiche Synergieeffekte geben, die sich aber nur dann ergeben, wenn eine Technologieoffenheit und ein attraktiver Innovations- und Investitionsrahmen gegeben sind. Öffentliche Finanzierungsprogramme allein werden trotz der gegenwärtigen Finanzierungsankündigungen von mehr als 1 Bio. Euro bis 2030 nicht ausreichen, sondern müssen durch massive privatwirtschaftliche Investitionen ergänzt werden.

Für die UMSETZUNG der Klimaziele und Klimaschutzpolitik braucht es realistische Strategien und markt-reife Technologie.

Im Gegensatz zu früher ist beim EGD die Verknüpfung der eigenen Klimaschutzpolitik und neuer ehrgeiziger Zielmarken nicht länger explizit auch an die Klimapolitik anderer Schlüsselstaaten wie die der USA, Chinas, Indiens, Russlands, Japans, Brasiliens und anderer Länder geknüpft. Ohne diese Verknüpfung werden diese Länder jedoch nur zu einem politischen Trittbrettfah-

ren ermuntert und ihre Klimaschutzpolitik sehr viel stärker der Ausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik zulasten des globalen Klimaschutzes unterordnen. Wie eine neue Studie der Kopenhagener Universität belegt, könnten bis zu 61,5% für jede Tonne in der EU eingesparte Emissionen sich als Carbon-Leakage erweisen (faktisch würden statt einer Tonne nur 385 kg eingespart) und zu größeren Emissionen in anderen Teilen der Welt führen. Infolgedessen drohe sowohl die weltweiten Klimaschutzbemühungen als auch die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft geschwächt zu werden, wenn die anderen Schlüsselspieler nicht dem EU-Beispiel folgen.⁹ Dabei würde selbst ein (politisch unrealistisch) forciertes EU-weiter Kohleausstieg bis 2030 allein nicht ausreichen, um das 55%-Ziel der THG-Emissionsreduzierung bis 2030 zu erreichen.¹⁰

Unabhängig davon zeigt das Beispiel der Gelbwesten in Frankreich und auch der jüngsten Wahlen in europäischen Ländern, dass eine zunehmende gesellschaftspolitische Polarisierung über weiter zunehmende Kosten für den Verbraucher als Folge immer ambitionierter Klimaziele droht. Diese Problematik droht, sich kurzfristig durch die Pandemie-Auswirkungen und mittel- und langfristig durch die notwendige Orientierung an nachhaltigen Entwicklungen in der Klima-, Energie- und Industriepolitik weiter zu verschärfen, weil gleichzeitig kurzfristig höhere Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Rezession die politisch-gesellschaftliche Akzeptanz gefährden.

Gleichzeitig muss jede Regierung, anders als NGOs, das Gleichgewicht im Energiedreieck zwischen Umwelt / Klimaschutz, ökonomischer Wettbewerbs-

fähigkeit und Versorgungssicherheit wahren und gut ausbalancieren. Ohne eine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz werden aber weder ambitionierte Klimaziele noch die Bewahrung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit sowie Versorgungssicherheit erreicht. Daher ist ein technologieoffener, auf wirtschaftliche Effizienz sowie Innovation fokussierter und sozial ausgewogener Prozess mehr denn je notwendig, um gleichzeitig die globale wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit nicht noch weiter zu gefährden, da die EU ohnehin gegenüber den USA und China bei Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz fast unaufholbar zurückliegt.¹¹ ///



/// DR. FRANK UMBACH
ist Forschungsdirektor des European Cluster for Climate, Energy and Resource Security (EUCERS) am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS), Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn.

Anmerkungen

- ¹ European Commission: The European Green Deal. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, The European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, Brussels, 11.12.2019 COM(2019) 640 final.
- ² Umbach, Frank: The European Green Deal Faces Huge Challenges, in: Geopolitical Intelligence Service (GIS), 10.2.2020; Umbach, Frank / Pfeiffer, Joachim: Der European Green Deal – Neue Herausforderungen einer systemischen Transformation, in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen 1-2/2020, S. 66-67.
- ³ European Commission: Proposal of the European Parliament and of the Council Establishing the Framework for Achieving Climate Neutrality and Amending Regulation (EU) 2018/1999 (European Climate Law), COM(2020) 80 final, Brussels, 4.3.2020.
- ⁴ DEBRIV-Informationen und Meinungen 03/2020, S. 3.
- ⁵ STEAG-Position Regarding European Climate Law, Berlin, März 2020, S. 8 f.
- ⁶ European Commission: A New Industrial Strategy for Europe. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, The European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, Brussels, 10.3.2020 COM(2020) 102 final.
- ⁷ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Integrierter Nationaler Energie- und Klimaplan (NECP), Berlin, 10.6.2020.
- ⁸ Die Bundesregierung: Nationale Wasserstoffstrategie, Berlin Juni 2020; European Commission: A Hydrogen Strategy for a Climate-Neutral Europe. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, The European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, Brussels 8.7.2020 COM(2020) 301 final; Umbach, Frank: Hydrogen: Decarbonization's Silver Bullet?, Geopolitical Intelligence Service (GIS), 2.7.2020; Umbach, Frank / Pfeiffer, Joachim: Germany and the EU's Hydrogen Strategies in Perspective – The Need for Sober Analyses, Periscope-Occasional Analysis Brief Series No.1, Konrad Adenauer-Foundation-Australia, Canberra 2020.
- ⁹ Yu, Wusheng / Clora, Francesco: Implications of Decarbonizing the EU Economy on Trade Flows and Carbon Leakages, EUCALC, Policy Brief-Pathways towards a European Low Emission Society No.7, Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK), Potsdam 2020.
- ¹⁰ Kap. 4.3: Was bedeutet der European Green Deal für Deutschland?, in: Weltenergieat-Deutschland e. V., Energie für Deutschland. Fakten, Perspektiven und Positionen im globalen Kontext 2020, Berlin April 2020, S. 153-157 (154).
- ¹¹ Vgl. hierzu auch Umbach, Frank: Globaler Wettlauf bei Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung. Geopolitische Dimensionen, in: Europäische Sicherheit & Technik 05/2020, S. 39-43.



Bierling, Stephan: *America First: Donald Trump im Weißen Haus. Eine Bilanz.* München: Beck Verlag 2020, 271 Seiten, € 16,95.

/// Einblicke in das Weiße Haus

TRUMP, TRUMPISMUS UND DIE USA

Es mangelt nicht an lesenswerten Büchern über Donald Trump und klugen Analysen zur Trump-Administration. Trumps Nichte hat die angespannten Familienverhältnisse zum Thema gemacht. John Bolton, einer von Trumps vier Nationalen Sicherheitsberatern, gab Einblicke in die irrlichternden Entscheidungsprozesse im Weißen Haus und in die völlige Ausrichtung der Politik

Trumps auf dessen Wiederwahlperspektiven. Für reißerische Journalisten war die Schlangengrube Weißes Haus ein gefundenes Fressen. Doch auch solide Autoren wie die Journalistenlegende Bob Woodward trugen gerne in exklusiven Interviews und Insider-Recherchen zusammen, was der Eindruck von Außen nahelegte: Im Weißen Haus herrschten Chaos und Planlosigkeit, Do-

nald Trump lügt wie gedruckt und er ist ein narzistischer Egomane, der dem Präsidentenamt nicht gewachsen war und der Amerikas Ansehen in der Welt auf ungeahnte Tiefstwerte abstürzen ließ.

Es ist das große Verdienst des Regensburger Politikwissenschaftlers und beeindruckenden USA-Kenners Stephan Bierling, dem reichhaltigen Material über Donald Trump und seine Regierungszeit ein erstklassiges "Must-read"-Buch hinzuzufügen. Es gibt nichts, was Stephan Bierling in der amerikanischen Innen- und Außenpolitik entgangen wäre. Der Quellenreichtum seines Buches ist erstaunlich, es umfasst tagesaktuelle Medien genauso wie wichtige Aufsätze und Grundsatzwerke zur US-Innen- und Außenpolitik. Diese Quellenkunde ermöglicht es dem Autor, aktuelle Entwicklungen in die großen Zeitläufe einzuordnen und sich nicht im Kleingedruckten der täglichen Hysterie in Washington zu verlieren.

Der Instinktpolitiker, Immobilienmakler und Showmaster Donald Trump hatte 2016 die offene Flanke der amerikanischen Politik messerscharf erkannt. Zwischen Big Business, Washingtoner Polit-Establishment und Großstadt-Liberalität an der Ost- und Westküste hatte sich im politisch und wirtschaftlich vernachlässigten Hinterland, den "fly-over-states", ein ziemliches Frustrations- und Protestpotenzial aufgestaut. Washingtons Elite war mit sich selbst beschäftigt, Barack Obama gefiel sich als Schönredner, im westlichen Ausland ging man davon aus, dass Amerika die Welt schon zusammenhält und dafür keine Kosten scheut. Die Wahl von Donald Trump entlarvte diese vermeintliche Stabilität.

Donald Trump kam ins Amt, weil er die Stimmen derjenigen erhielt, an

denen Globalisierung und Wirtschaftsaufschwung vorbeigingen, die von Strukturwandel und Identitätsverlust am eigenen Leib betroffen waren und denen der eigene soziale Abstieg unmittelbar drohte. Diese Kreise, meist weiße Männer mittleren Alters ohne höhere Bildung, fühlten sich von der Politik betrogen. Donald Trump gab ihnen eine populistische Stimme. Weder Republikaner noch Demokraten hatten die Wucht dieser Entwicklung begriffen. Hillary Clinton verlor eine sicher geglaubte Wahl, die Republikaner machten sich etwas vor und logen sich in die eigene Tasche. Zuerst hieß es, Trump setze sich in den Primaries nicht durch. Als er es doch tat, sagte man: Aber die Präsidentschaftswahl gewinnt er nie im Leben. Nach seinem Sieg beschwichtigte man sich: Das Amt wird ihn zähmen, Trump wird präsidial auftreten und nicht länger als populistischer Außenseiter. All dies bewahrheitete sich nicht, Trump blieb seinem disruptiven, kontroversen und provozierenden Stil treu. Amerika und die Welt stehen heute vor einem Scherbenhaufen an Instabilität, Polarisierung und Nationalismus. Trumpismus, also Trumps eklektischer Populismus aus Anti-Migration, Anti-Globalismus, Anti-Establishment und Anti-Allianzen wird Trumps Jahre im Weißen Haus überdauern.

Genau darin liegt der Wert von Stephan Bierlings Buch. Er zeichnet Trumps Aufstieg nach, porträtiert Charakter- und Führungsschwächen des Präsidenten Trump, analysiert topaktuell die Innen- und Außenpolitik und stellt die Bezüge zu den Grundlinien der US-Politik her. Es ehrt Stephan Bierling, dass er sich dabei der morbiden Lust am vermeintlichen Untergang Amerikas nicht anschließt. Er stimmt

auch nicht in den Chor deutscher Hybris und moralischer Überlegenheit derjenigen ein, die Amerikas Demokratie als gescheitert ansehen und aus Deutschland, das die Welt wiederholt in den Abgrund führte, jetzt weltretende Kommentare abgeben. Trotz seiner beißenden Kritik an Donald Trump und seiner Politik hält der Autor die Balance aus wissenschaftlicher Argumentation und klarer Stellungnahme. Ein Freund Amerikas und Verfechter demokratischer Werte hat ein ehrliches Buch über Trump und Amerika geschrieben, nicht getrieben von rasendem Antiamerikanismus, sondern aus Sorge um irgendwann nicht mehr zu korrigierende Fehlentwicklungen bei Deutschlands wichtigstem Bündnispartner.

Ja, Stephan Bierlings Buch ist ein grandios geschriebener Verriss der Trumpschen Politik. Man mag dem Autor vorwerfen, zuweilen übers Ziel hinauszuschießen und Erfolge vor allem in der US-Außenpolitik auszublenden. Selbst Kritiker müssen zugestehen, dass das Kalifat des Islamischen Staates besiegt und islamistische Terroristen beseitigt wurden. Das Handelsabkommen mit Mexiko und Kanada wurde nachgebessert. Der Druck auf die NATO-Mitglieder zur Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben wurde erhöht. Die Schlagkraft des US-Militärs stieg. Das Verhältnis zu Brasilien und Indien verbesserte sich, im indo-pazifischen Raum festigten sich die Beziehungen zu Japan, Australien, Südkorea und Australien. Ein Friedensabkommen mit den Taliban in Afghanistan wurde geschlossen. Im Nahen und Mittleren Osten sprechen manche Beobachter von einem historischen Durchbruch. Die Abraham-Abkommen ebnet den Weg zur Nor-

malisierung der Beziehungen mit Israel und hebeln die Veto-Macht der Palästinenser aus. Und vor allem gelang es der Trump-Administration, die geopolitische Systemrivalität mit der kommunistischen Partei der Volksrepublik China zum beherrschenden Thema der internationalen Politik zu machen. Da werden auf die Bündnispartner Amerikas noch heftige Diskussionen mit deutlichen Erwartungshaltungen zukommen.

Diese Erfolgsbilanz fehlt in Bierlings Buch. Er blendet sie nicht gänzlich aus, aber er kommt zu anderen Wertungen, indem er sie als kurzfristige, bisweilen unintendierte Ergebnisse einer insgesamt fehlerhaften amerikanischen Politik einordnet. Diese Einschätzung ist wohl argumentiert und geschliffen formuliert. Die Kombination aus Erkenntnisgewinn und Lesegenuss macht Stephan Bierlings America First-Buch zur empfohlenen Lektüre für alle, für den USA-Experten wie für den allgemein an Zeitpolitik interessierten Leser. Amerika ist zu wichtig, als dass man es ignorieren kann. Trump "sells", Donald Trump ist ein Bestseller. In den letzten Jahren gab es so viel USA in Deutschland wie nie zuvor. Bücher füllten die Regale, Talkshows die Fernsehabende. Trumps Tage im Weißen Haus sind gezählt, aber der Trumpismus wird Trump überdauern. Wer Trump, Trumpismus und Amerika verstehen will, sollte Stephan Bierling lesen.

CHRISTIAN FORSTNER,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, WASHINGTON

Austermann; Philipp:
Der Weimarer Reichstag.
Die schleichende Ausschaltung, Entmachtung und Zerstörung eines Parlaments. Wien / Köln:
Böhlau Verlag 2020,
338 Seiten, € 23,99.



Im Jahr 2018 kehrte der 100. Jahrestag eines Ereignisses wieder, der in den verschiedenen Medien eher unbeachtet blieb und sich mehr in Sonderauslagen von Buchhandlungen oder Leseempfehlungen von Bibliotheken niederschlug: die Gründung der Weimarer Republik, die erste gelungene Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie. Der promovierte Jurist Philipp Austermann, Professor an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung im rheinischen Brühl, hat sein Werk „Der Weimarer Reichstag. Die schleichende Ausschaltung, Entmachtung und Zerstörung eines Parlaments“, wie der Titel ja schon andeutet, nicht der Anfangszeit oder der Gesamtepoche gewidmet. Vielmehr richtet der Autor hier seinen Blick auf die Zeit zwischen 1930 und 1933, die entscheidend für den weiteren Verlauf der Geschichte der ersten deutschen Demokratie war.

Austermann liefert keine weitere Abhandlung bekannter Daten und Fakten ab, sondern beschreibt diese Zeit aus der Sicht des Reichstages und seiner Abgeordneten selbst. Dabei verwendet er erstmalig die Reichstagsprotokolle (www.reichstagsprotokolle) und die zu jeder Wahlperiode erschienenen Reichstags-

handbücher. Die Bayerische Staatsbibliothek in München stellt diese digitalisiert und kostenfrei der Forschung und einem interessierten Laienpublikum zur Verfügung. Weiter untersucht er auch Dokumente in Form von Memoiren oder Erinnerungen damaliger Zeitzeugen, um die schwierige Phase, in der die demokratischen Fraktionen im Reichstag um den Erhalt der Demokratie kämpften, aufscheinen zu lassen. Der Untertitel, „Die schleichende Ausschaltung, Entmachtung und Zerstörung eines Parlaments“, weist ja bereits auf den Kern des Buches hin. Es gab nicht „das“ Datum, ab dem das Scheitern der Weimarer Republik mit seiner freiheitlichen Verfassung, die im Übrigen in Teilen liberaler war als unser heutiges Grundgesetz, klar war. Es handelt sich vielmehr um einen langsam fortschreitenden, eben schleichenden Prozess von Ereignissen und Entwicklungen, der dann letztlich in die Diktatur des Nationalsozialismus führte.

Einleitend befasst sich der Autor, der als dortiger Verwaltungsbeamter über eine jahrelange Innensicht des Deutschen Bundestages verfügt, zunächst mit grundlegenden Aspekten wie den Belastungen der Reichstagsarbeit, z. B. durch demokratiefeindliche Parteien wie die KPD, DNVP oder später die NSDAP. Auch die Webfehler der Verfassung, vor allem in Hinblick auf den Reichstag selbst, die für die Entwicklung, die dann überwiegend die Spätphase gekennzeichnet hat, so entscheidend waren, werden dabei deutlich vor Augen geführt. Dazu gehörte zum Beispiel die problematische starke, quasi „ersatzkaiserliche“ Stellung des ebenfalls wie der Reichstag direkt vom Volk gewählten Reichspräsidenten und seine Machtbefugnisse. Zwar zählten schon damals wie heute im Bundestag auch die Kon-

trolle der Regierung und das Budgetrecht zu den Kernkompetenzen des Parlamentes, allerdings nutzte dies dem Reichstag zur Festigung seiner Position im Verfassungsgefüge nur bedingt, da er durch die starke Stellung des Reichspräsidenten schnell in eine ungünstige Situation geraten konnte. Dessen Befugnis, den Reichstag selbständig unter Nennung eines einfachen Grundes auflösen zu können, oder mit Hilfe des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung einen Notstand auszurufen und selbst rechtsetzend aktiv zu werden, führte in der Verfassungswirklichkeit zu einer latenten Abhängigkeit des Reichstages von der Gunst des Reichspräsidenten. Dieser Konstruktionsfehler trat unter Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) zunächst nicht so offenkundig hervor, erhielt aber unter Eberts Nachfolger Paul von Hindenburg eine ganz neue Qualität und wirkte sich letztlich fatal aus.

Einer grundlegenden Beschreibung des parlamentarischen Lebens im Reichstag, das den Leser in die Welt der damaligen Abgeordneten im Reichstagsgebäude entführt, folgen Erläuterungen zu den Arbeitsweisen der aus den Wahlen von 1920 sowie Mai und Dezember 1924 hervorgegangenen Reichstage bis hin zur Arbeit des 1928 gewählten 4. Reichstages. Dieser wurde schließlich im Juli 1930, nachdem bereits im März die Große Koalition aus der die Weimarer Republik tragenden Parteien SPD, DDP (Deutsche Demokratische Partei), Zentrum, BVB (Bayerische Volkspartei) und DVP (Deutsche Volkspartei) unter Reichskanzler Müller letztlich auch aus mangelnder Kompromissfähigkeit an einer Einzelfrage zerbrochen war, vorzeitig aufgelöst. Danach gab es nur noch die sogenannten „Präsidialkabinette“, die allein vom Reichspräsidenten abhängig waren und

mit Hilfe der diesem durch den Artikel 48 verliehenen Gesetzgebungskompetenz am Reichstag vorbei regierten.

Sehr plastisch und anschaulich beschreibt Austermann danach die schlechende Entmachtung des Reichstages durch die Präsidialkabinette unter den Reichskanzlern Heinrich Brüning (März 1930 bis Mai 1932), Franz von Papen (Mai bis Dezember 1932) und Kurt von Schleicher (Dezember 1932 bis Januar 1933), die zudem durch zwei weitere vorzeitige Auflösungen mit anschließenden Neuwahlen gekennzeichnet war.

Seinen Abschluss findet die ausgesprochen flüssig geschriebene und zu lesende Darstellung mit einer Betrachtung der Ereignisse nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, dessen NSDAP nach dem Sprung von 12 auf 107 Abgeordnete nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 spätestens nach der Wahl vom Juli 1932 zunehmend zu einem Machtfaktor geworden war. Gerade hier liegt eine der Stärken des Buches. Wird doch sehr plastisch deutlich, wie schnell die Nationalsozialisten unter Zuhilfenahme der parlamentarischen Möglichkeiten den Reichstag spätestens mit dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 endgültig ausschalteten und in den folgenden Monaten ihre Führerdiktatur errichteten.

Mit dieser hervorragenden Studie hat Austermann einen weiteren Beweis dafür erbracht, wie wichtig eine wehrhafte Demokratie ist und welche richtigen Schlüsse die Väter und Mütter des Grundgesetzes bei der Errichtung unserer parlamentarischen Demokratie gezogen haben.

ALEXANDER KROPP M.A.,
MÜNCHEN

Nell, Werner / Weiland,
Marc (Hrsg.): Dorf.
Ein interdisziplinäres
Handbuch. Heidelberg:
Springer Verlag 2019,
396 Seiten, € 119,00.



„Dorf“ – was verbirgt sich hinter einem fast 400 Seiten starken Buch, dessen Titel aus lediglich einem Wort besteht? Es geht darum, das Feld der Dorfforschung zu beleuchten. Werner Nell und Marc Weiland haben für das Handbuch Autoren aus den verschiedensten Disziplinen gewonnen, die darstellen, welche Zugänge sie zum Dorf als Forschungsgegenstand haben. Das wissenschaftliche Spektrum umfasst die Bereiche Geschichte, Wirtschaft, Ökologie, Raumplanung, Kultur, Ethnologie, Soziologie, Sprache, Literatur und Film: ein wahres Kaleidoskop an Perspektiven. Denn damit werden nicht nur eher gängige Themenstellungen aufgegriffen wie die Geschichte des Dorfes, der soziale und strukturelle Wandel im ländlichen Raum oder Leitbilder der Raumplanung. Auch „das Dorf als politischer Ort“, „das Dorf in der Weltliteratur“ und „verfilmte Dörfer“ sind Gegenstand der sachlichen Abhandlungen.

Anders als man es vielleicht erwarten möchte, sind die beiden Herausgeber weder Geografen noch Soziologen oder Planer, sie kommen vielmehr aus der Literaturwissenschaft. Für die Publikation konnten sie unter anderem aus dem Forschungsgruppenprojekt

„Experimentierfeld Dorf. Die Wiederkehr des Dörflichen als Imaginations-, Projektions- und Handlungsraum“ schöpfen, das sie an der Universität Halle-Wittenberg geleitet bzw. koordiniert haben.

Nun entstand ein fast 400 Seiten starkes Nachschlagewerk mit 46 von unterschiedlichen Autoren geschriebenen Kapiteln. Diese folgen überwiegend im Aufbau einem gemeinsamen Rahmen, so dass jedes vom Autor aufgegriffene Betrachtungsfeld einen Überblick zum spezifischen Forschungsfokus und den einschlägigen Modellannahmen oder Beschreibungskategorien liefert, den Wandel von Paradigmen und Forschungsansätzen im Laufe der Zeit skizziert und schließlich aktuelle Fragestellungen aufgreift und mit einem Ausblick oder Resümee endet. Da jedes Kapitel lediglich fünf bis sechs, teilweise auch mal zehn bis zwölf Seiten umfasst, kann man sich vorstellen, dass es eine große Herausforderung gewesen sein muss, trotz der gebotenen Kompaktheit einen den wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden, fundierten Stand abzubilden. Nicht selten ist dabei auch ein kritischer Blick enthalten, der den Mehrwert, aber auch Schwächen der eigenen Disziplin feststellt und Lücken im Forschungsfeld „Dorf“ identifiziert, welches im Vergleich zu früheren Verhältnissen und Annahmen deutlich komplexer geworden ist.

Gemeinsam mit den Herausgebern lässt sich festhalten, dass das Interesse an dörflichen und ländlichen Lebenswelten spürbar zugenommen hat. Dafür spricht übrigens auch, dass das an dieser Stelle bereits rezensierte Buch „Das Dorf. Landleben in Deutschland – gestern und heute“ von Gerhard Henkel, das 2020 bereits in die vierte Auflage

gegangen ist und dabei inhaltlich um aktuelle Themenstellungen erweitert wurde. Es ist als Hardcover im Theiss/WBG-Verlag erhältlich und als Softcover in der Schriftenreihe (Bd. 10539) der Bundeszentrale für Politische Bildung.

Doch zurück zum Handbuch „Dorf“: Die verschiedenen Perspektiven und Zugänge machen es zu einem faszinierend facettenreichen Band, gleichzeitig ist es durchwegs sachlich und nüchtern gehalten. Der kompakte Aufbau wird dem Anspruch als Handbuch gerecht, in welchem man innerhalb der Abschnitte Forschung, historische/ gesellschaftliche / ökonomische Aspekte des Dorflebens sowie kulturelle Konstruktionen des Dörflichen gezielt Kapitel ansteuert. Es weist kaum Abbildungen oder Grafiken auf und versucht auch nicht, durch Fragestellungen in den Überschriften, erklärende Untertitel oder andere redaktionelle „Eyecatcher“ beim Leser gezielt Neugier zu generieren bzw. ihm auf einen Blick zu vermitteln, wo die Lesereise hingeht. Bei solch lesenswerten, interdisziplinär aufgestellten Beiträgen ist dies direkt schade, zumal die relativ kleine Schriftgröße und das zweispaltige Format ohnehin Konzentration abverlangen dürften.

Das Handbuch sei allen empfohlen, die ein Interesse am Forschungsfeld „Dorf“ leitet und einen fundierten Überblick über wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit dem Gegenstand „Dorf“ zwischen Geschichte und Gegenwart, Idee und Wirklichkeit haben wollen. Dies können Akademiker selbst sein, aber auch Akteure, die als Mandatsträger, Planer oder Initiatoren der Dorf- und Landentwicklung tätig sind und aus den verschiedenen Wahrnehmungen Anregungen mitnehmen

wollen. Möge das Buch dazu beitragen, den „nachgelagerten“ Stellenwert des Dorfes zu verbessern, Lücken in der Forschung zu schließen und Perspektiven für künftige integrative Ansätze aufzugreifen.

SILKE FRANKE, DIPL.-GEOGR.,
HANNIS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN



Rüter, Günther: Heinrich Mann. Ein politischer Träumer. Wiesbaden: marixverlag 2020, 351 Seiten, € 24,00.

Den Weg Heinrich Manns „vom dekadenten, dilettantischen Individualisten zum radikalen Demokraten“ (S. 56/57) zeichnet Günther Rüter anhand von Leben und Werk in seiner Biografie „Heinrich Mann. Ein politischer Träumer“ nach. Neben der chronologischen Erzählstruktur verwebt Rüter dabei noch weitere Stränge: Welche Resonanz hatte Heinrich Mann im jeweiligen Lebensabschnitt in der Öffentlichkeit? Welche Einstellungen vertrat er, was beschäftigte ihn und in welcher Form verarbeitete er dies in seinem Werk?

Rüter bedient sich biografischer Fakten und Texte stets zielgerichtet. So benennt er die unterschiedlichen Neigungen und Temperamente der Eltern

Manns nicht um des illustrativen Effektes willen, sondern, um die Einflüsse deutlich zu machen, die Spannungen in Heinrich Manns Charakter bringen (S. 20). Der Verfasser ordnet die Verbindung Heinrich Manns zu seinem Bruder Thomas dem Privatleben des Schriftstellers zu und arbeitet sie lediglich dann ein, wenn sie für Heinrich Manns Leben oder Werk relevant ist. Dieses Vorgehen betont die geistige Nähe der Brüder im Kaiserreich (S. 67-69) und geht im Weiteren oft über die allgemein bekannten Episoden der (Thomas)-Mann-Forschung hinaus.

Günther Rüter kontextualisiert die Einschätzungen Heinrich Manns pointiert und bringt sie so dem heutigen Leser nah. Bei zentralen historischen Wegmarken wie den Moskauer Prozessen, dem Hitler-Stalin-Pakt oder auch den Lebensumständen in der sowjetischen Besatzungszone ergänzt der Autor, was Mann nachweislich wusste, um das, was er hätte wissen können und schafft so Raum für Verständnis. Er zeigt Grenzen im Denken und Schreiben Manns auf, ohne voyeuristisch zu sein.

So sieht Rüter inhaltlich als auch formal den aristokratischen Konservatismus des Wilhelminischen Kaiserreichs als prägendes Element (S. 39) des Frühwerks Heinrich Manns. Unter diesem Blickwinkel analysiert er die Funktion Manns als Chefredakteur der konservativ-reaktionären Zeitschrift „Das Zwanzigste Jahrhundert“ (1895-1896): „Nach heutigem Verständnis fällt es schwer, ja erscheint es nahezu unbegreiflich, welche Ansichten er darlegte und verteidigte. Aus der Perspektive seiner Zeitgenossen lag die Sache jedoch anders.“ (S. 46) Ohne den Inhalt der zum Teil offen antisemitischen Beiträge zu verharmlosen, sieht Rüter, wie sich

an dieser Stelle die Zukunft Manns als politischer Schriftsteller abzeichnet (S. 52-55) und es möglich wird, dass Heinrich Mann im späteren Exil mehr Publizist und immer weniger Poet sein wird (S. 235). Inhaltlich befasst sich Mann bald mit modernen Stoffen, formal wird er lange konservativ arbeiten und erst im Spätwerk erarbeitet er sich eine offen-assoziative Schreibweise (S. 300).

Die germanistische Forschung zu Heinrich Mann erlebte in den letzten Jahren eine Renaissance, man denke nur an das Werk „Kritische Gesamtausgabe: Essays und Publizistik“. Sie erhielt auch durch neue Biografien und Auseinandersetzung mit dem Werk Impulse. Auffällig war bisher, dass die Arbeiten zu Heinrich Mann wie die Forschung zur Familie Mann generell an starken Bewertungen krankte. Heinrich Manns Leben und Werk wurde oftmals aus der Gefolgschaft Thomas Manns gesehen. Alternativ wird Heinrich Manns Werk nach heutigem Kenntnisstand beurteilt, das Frühwerk wird nicht umfassend in das Gesamtwerk integriert (vgl. Riedel) oder ein Ton, der Person und Schriftsteller abwertet, schleicht sich ein (vgl. Flügge).

Günther Rüter begegnet seinem Protagonisten wie dem gesamten Figurenpersonal auf Augenhöhe – lediglich getrennt durch die Jahre und deshalb hier und da wissender. So weist er auf Fehleinschätzungen hin, ohne zu moralisieren oder die Figuren in Gut und Böse zu kategorisieren. Gerade im Bereich der Mann-Forschung ist dies erfrischend. Er begegnet Heinrich Mann mit Wohlwollen, ohne ihn zu überhöhen und so gelingt es, sowohl Brüche als auch Konstanten zu benennen. Die politisch-moralische Deutung des Zeitgeschehens ist für Rüter der rote Faden,

der sich durch Manns Werk zieht (S. 291 f.), ebenso wie ein dem ambivalent entgegengesetztes träumerisches Element (S. 58), das Heinrich Mann erlaube, über manche Realität hinweg zu blicken. Rütther prüft gerade diese These kritisch anhand Manns Bewertung der Sowjetunion unter Stalin (S. 258) und kommt zu dem Schluss, dass dieses hoffnungsvolle Träumen und der Wunsch nach Humanität es Mann erlauben, manchmal die Augen zu schließen: „Heinrich Mann betrachtete die Welt, wie sie ihm gefiel, aber nur zum Teil so, wie sie wirklich war.“ (S. 301)

Rütthers Heinrich Mann Biografie ist umfassend recherchiert und glänzt zudem durch profunde Textkenntnis, mit der der Autor sehr leserfreundlich umgeht. Diese Mischung macht das Werk für ein vielfältiges Publikum lohnenswert: Für Fachkreise, die sich dem Leben und Werk Heinrich Manns nähern wollen, ebenso wie für Kenner des Werkes, die ihren Blick erweitern und entstauben wollen, als durchaus auch für interessierte Laien.

JULIA HAGMEYER,
PROMOVENDIN, MÜNCHEN



Weber, Petra: *Getrennt und doch vereint: Deutsche Geschichte 1945-1989/90*. Berlin: Metropol Verlag 2020, 1.292 Seiten, € 49,00.

Das Werk ist eine im Umfang bis heute wohl einzigartige Materialsammlung (1.138 Seiten Text) zur Geschichte der deutschen Besatzungszonen 1945-49 sowie zur folgenden Entwicklung von 1949 bis 1989/90, mit einigen Ausblicken auf die Zeit nach dem Fall der Mauer. Neben politischen und militärischen werden ökonomische und gesellschaftliche sowie auch künstlerische Gesichtspunkte umfassend berücksichtigt – ein wahrhaft interdisziplinärer Ansatz. So kommen Theorie und Praxis der zwei Rechtsordnungen ins Spiel, das unterschiedliche Wirken der Medien, die Inszenierung von Öffentlichkeit – im Osten mit akklamatorischer Absicht –, die Tücken der sozialistischen Planwirtschaft sowie die Familien- und Sozialpolitik. Besonders umfangreich ist der Bericht über die Ausbürgerung des provokanten Liedermachers Wolf Biermann (Oktober 1976) ausgefallen, dem sich die Verfolgung der Oppositionellen Robert Havemann und Rudolf Bahro anschließt.

Die Autorin plädiert dafür, die DDR nicht lediglich als eine deutsche „Sackgasse auf dem Weg in die Moderne“ abzutun. Damit wird aber nicht sozialistischen Präferenzen oder gar einer „Ost-Algie“ das Wort geredet, vielmehr be-

müht sich Petra Weber erfolgreich um Objektivität, deren darstellerischer Wert aber nicht etwa in Äquidistanz liegt, denn „der normative Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur darf auf keinen Fall verwischt werden“. So ist zwar mitunter eine gewisse SPD-Lastigkeit feststellbar (die Autorin hat 1996 eine Biografie über Carlo Schmid veröffentlicht), aber das ändert nichts am Gesamteindruck von Ausgewogenheit.

Dabei wird die Parallelisierung der Ereignisse in der Bundesrepublik mit denen in der DDR auf konsequente Weise durchgehalten, soweit Bezüge feststellbar sind. Darin besteht die Originalität des Werkes. Man erfährt jeweils nicht nur, was die Bonner Regierung verlautbarte, sondern auch die Stellungnahme der Opposition dazu. Ebenso steht es mit eventuellen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der SED-Führung und auch mal zwischen dieser und dem Kreml.

Trotz flüssigen, unpräzisen Stiles ist der Text nicht über weitere Strecken lesbar, man greift vielmehr besser einzelne Themenkomplexe heraus. Die Intention des Textes bringt es allerdings mit sich, dass in der Gesamt-Gewichtung ein wesentlicher Faktor zu kurz kommen muss – die „Funktionalität“ der deutsch-deutschen Verhältnisse im Rahmen der West-Ost-Beziehungen. Die „deutsche Frage“ war doch bis 1990 der eigentliche Prüfstein dafür, wie die beiden Weltmächte zueinanderstanden, und das mehr als die beiden anderen wichtigsten internationalen Konflikte: der im Nahen Osten und der rund um Vietnam. So erfahren wir zum Beispiel über die Berlin-Blockade (1948/49) nur, dass Stalin sie verhängte, um die Bildung eines deutschen West-Staates aufzuhalten, aber in diesem Zusammen-

hang wird nicht der leidigen Frage nachgegangen, welche der beiden Weltmächte die Teilung Deutschlands wohl eher verursacht hat.

Die Bedeutung von Gorbatschows radikaler „Perestroika“ wird nur insofern erwähnt, als sie für den zivilen Widerstand in der DDR von Bedeutung war. Dass das Viermächte-Abkommen über Berlin (3. September 1971) die neue Ostpolitik von Bundeskanzler Brandt unmissverständlich in den Rahmen der fortbestehenden Zuständigkeit der Siegermächte für „Deutschland als Ganzes“ verwiesen hat, ist eher beiläufig referiert. Wahrscheinlich, weil deutsche Diplomaten an seiner Aushandlung nicht beteiligt waren. Dieser darstellerischen Präferenz dürfte es entsprechen, wenn andererseits die Entwicklung hin zum Mauerbau ab dem 13. August 1961 solide dokumentiert wird, denn da handelte es sich nicht um ein Diktat Chruschtschows, sondern um eine Initiative Ulbrichts.

Von den konkreten Abläufen des Volksaufstandes vom 16./17. Juni 1953 hätte man indessen gerne mehr erfahren. Die, wie überall, dazu sorgfältig zusammengestellten Fußnoten verweisen auf den zusätzlich erforderlichen Gang in eine Fachbibliothek. Zudem wäre an dieser Stelle die Diskussion darüber willkommen gewesen, inwieweit Stalins unmittelbarer Nachfolger Berija die Existenz der DDR tatsächlich zur Disposition stellen wollte.

Die deutsch-französische Aussöhnung, von Adenauer und de Gaulle nachhaltig auf den Weg gebracht, kommt überhaupt nicht vor, während aber de Gaulles Ablehnung der amerikanischen Multilateral Force (MLF)-Idee und des Generals vorbildlich-unbeirrbar Haltung in der Berlin-Krise (1958 ff.) als

erwähnenswert befunden werden. Auch ist die französische Seite hinreichend berücksichtigt, wenn es 1989/90 um Präsident Mitterrands anfänglichen Widerstand gegen die deutsche Einheit geht.

Vielleicht hätte es der Darstellung ab und zu gutgetan, einige deutsch-deutsche Details zugunsten einer umfassenden Zusammenschau wegzulassen. Es ist eine Tugend, beim Thema zu bleiben, aber ebenso, die Bedeutsamkeit eines Themas im größeren Rahmen aufzuzeigen.

BERND RILL,
MÜNCHEN

Deutsche Gesellschaft für
die Vereinten Nationen
(Hrsg.): Blickpunkt
Südafrika – Südafrika 25
Jahre nach dem Ende der
Apartheid. Wohin steuert
die Republik am Kap der
Guten Hoffnung? Berlin:
DGVN Blaue Reihe 2019,
87 Seiten, € 2,50.



Südafrika hat wie kaum ein anderes Land auf dem Kontinent über Jahrzehnte hinweg Aufmerksamkeit in Deutschland gefunden; viele haben die Geschehnisse an der Südspitze Afrikas oft mit emotionaler Beteiligung verfolgt. Zur Situation in der Republik am Kap hat die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) nun eine sehr lesenswerte und inhaltsreiche Broschü-

re veröffentlicht, die für Südafrika-Kenner genauso interessant sein dürfte wie für ein größeres Publikum. Prägnante Beiträge von namhaften Experten stellen Tendenzen, Hintergründe und Analysen aus verschiedenen Blickwinkeln fundiert und anschaulich dar. Dabei orientieren sich die Autoren an der geschichtlichen Entwicklung des Landes von den dunklen Apartheid-Jahren über den demokratischen Wandel bis hin zu Erfolgen und aktuellen Herausforderungen, die das afrikanische Land zu bewältigen hat.

Martin Pabst skizziert eingangs in dem Text über „Südafrika und die Vereinten Nationen“ einen Rückblick auf die Jahre 1945-1994. Ein wichtiges und spannendes Thema, das bislang relativ wenig Aufmerksamkeit bekommen hat. Die konfliktreichen Auseinandersetzungen um Beschlüsse und Resolutionen im Sicherheitsrat und in der Vollversammlung der VN waren von nationalen Interessen und komplexen Machtkonstellationen im Kalten Krieg ebenso geprägt wie vom Bemühen, die Apartheid abzuschaffen und einen demokratischen Neuanfang zu befördern. Sie reflektieren die auch in den Mitgliedsstaaten und Deutschland selbst oft kontrovers geführten Diskussionen über den Umgang mit dem Regime. Diese werden auch einer kritischen Bestandsaufnahme im Text von Klaus von der Ropp unterzogen. Für den interessierten Leser werden dabei die historischen Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und Südafrika deutlich. Denn die Entlassung des Nationalhelden und Präsidenten Nelson Mandelas aus seiner über 27-jährigen Gefangenschaft, der Fall der Mauer in Deutschland und das Ende des Kalten Krieges stehen in direktem Zusammenhang zueinander.

Auf die bedrückende Vergangenheit des Landes geht auch Renate Wilke-Launer ein und schildert Projekte zu ihrer Aufarbeitung und Überwindung. Der „friedliche Übergang“ – obgleich hart errungen und während der zähen Verhandlungen Anfang der 90er-Jahre von schwerer politischer Gewalt begleitet – war als historisches Wunder gefeiert worden. Trotz großer Erfolge, die das Land seit dem demokratischen Übergang erzielte, muss heute konstatiert werden, dass manche Politiken und Projekte, die eine mehrheitlich schwarze Bevölkerung ermächtigen sollten, an den sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen zu partizipieren, oft nur halbherzig bzw. bedingt effektiv waren. Das Erbe der Apartheid, verstärkt durch Missmanagement, Korruption und Nepotismus, bleibt auch drei Jahrzehnte nach dem friedlichen Übergang allgegenwärtig in Wirtschaft, Städteplanung, Einkommensverteilung, Bildung und nicht zuletzt in den Köpfen und Herzen vieler Menschen. Eine gigantische und komplexe historische Herausforderung für das „neue Südafrika“.

Denn die Hoffnung war zunächst groß für die „Regenbogen-Nation“ mit ihrer als progressiv geltenden neuen Verfassung. Südafrika kann bedeutsame Anfangserfolge aufweisen und ist als regionale Vormacht heute Teil der G20, das einzig industrialisierte Land in Sub-Sahara Afrika und politisches Schwergewicht in der Afrikanischen Union. Optimismus ist jedoch angesichts systemischer Korruption und Misswirtschaft, besonders unter Jacob Zuma seit 2009, wachsender Sorge und Ernüchterung über folgenschwere Fehlentwicklungen in vielen Bereichen gewichen. Auch international agierende Firmen haben jahrelang von massiver Korrup-

tion profitiert. Gerade die mehrheitlich arme Bevölkerung leidet schmerzhaft unter dem völlig ineffizienten Bildungswesen, dem vielerorts maroden Gesundheitssystem und extrem hoher Gewaltkriminalität. Robert Kappels präzise Analyse der verfehlten und teils auch ideologischen Wirtschaftspolitik, ihrer Folgen und der Zukunftsaussichten ist ebenso bestechend wie beunruhigend.

Die COVID-19-Krise hat das Schwellenland enorm hart getroffen. Die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die bereits vor der Pandemie bestanden, haben sich nochmals verschärft. Ob der von vielen Experten als Reformers beschriebene Präsident Cyril Ramaphosa, der seit 2018 im Amt ist, den wirtschaftlichen Verfall aufhalten kann, analysiert der Südafrikaner Heinich Mathee. Dabei müsste der Präsident sich vor allem auch innerhalb seiner eigenen Partei, dem African National Congress, der das Land seit 1994 regiert, durchsetzen können. Mathee hebt hervor, dass der Eindruck ungesicherter Eigentumsrechte das Investitionsklima weiter gefährde, obgleich Ramaphosa versichert, eine seit Jahrzehnten überfällige Landreform würde nun rational und rechtsstaatlich gestaltet. Der Präsident sei immerhin jahrelang Zumas Stellvertreter gewesen, betont der Autor. Er sieht scheinbar deutlich mehr Kontinuität als Wandel in der aktuellen ANC-Politik im Vergleich zur Zuma-Zeit. Man mag seinen Thesen nicht immer zustimmen, aber man kann ihm seine Sorgen nicht verdenken.

Die Autoren beschreiben die komplexe Politik in Südafrika differenziert, faktenreich und eindrucksvoll. Ermutigend wirken die Schilderungen der aktiven Zivilgesellschaft, der freien Presse mit hochqualifizierten, unerschrocke-

nen Journalisten und der unabhängigen Justiz. Es waren vor allem diese, die den ehemaligen, der Korruption und Misswirtschaft beschuldigten Präsidenten Jacob Zuma zum Rücktritt zwangen.

Die informative, spannende Publikation mit guten, wertvollen Quellenangaben bietet dem Leser eine willkommene Fundgrube an Impressionen, Fakten, Beobachtungen und Analysen aus durchaus sehr verschiedenen Perspektiven. Man wünscht ihr, dass sie breit rezipiert wird und zum Nachdenken und produktiver Auseinandersetzung anregen möge.

HANNS BÜHLER,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, SÜDAFRIKA

KARIN APRIL,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, SÜDAFRIKA

JAHRESÜBERSICHT DER POLITISCHEN STUDIEN 2020

- Heft 489** **Politik vor Ort – Kommunalwahlen 2020**
- Heft 490** **An die Welt von morgen denken**
- Heft 491** **Augen auf – Populismus ist durchschaubar**
- Heft 492** **Jugend bewegt sich**
- Heft 493** **Heimat – mehr als nur ein Ort**
- Heft 494** **Welche Bildung brauchen wir?**

Autor	Titel	Heft	Seite
AlDailami, Said	Die Projekte der Hanns-Seidel-Stiftung in Tunesien, Algerien und Libyen	489	66
Axtner-Borsutzky, Anna	Politische-Studien-Zeitgespräch: Nachgefragt bei Stipendiaten der Hanns-Seidel-Stiftung	492	6
Balleis, Siegfried	Das Superhirn	492	53
Bals, Tobias	Mut zur Heimat	493	22
Bernreiter, Christian	Politik vor Ort: Die Kommunen und Landkreise in Bayern	489	33

Autor	Titel	Heft	Seite	Autor	Titel	Heft	Seite
Binder, Klaus Georg	Die Projekte der Hanns-Seidel-Stiftung in Argentinien	490	60	Hartleb, Florian	Strategien zur Bekämpfung von Populismus	491	36
Braml, Josef	Politische-Studien-Zeitgespräch: Gespaltene USA	494	6	Hartleb, Klaus-Dieter	Politische-Studien-Zeitgespräch: Benehmt Euch!	493	6
Dirnberger, Franz	Das gute Wohnen in Stadt und Land	489	40	Hausner, Verena	An die Welt von morgen denken	490	12
Erhardsberger, Martin	Ökologie und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft	490	16	Hausner, Verena	Augen auf – Populismus ist durchschaubar	491	14
Erndl, Thomas	Deutsche Außenpolitik nach Corona	491	46	Hausner, Verena	Heimat – mehr als nur ein Ort	493	12
Fabritius, Bernd	Das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen	493	31	Hausner, Verena	Der Mensch hat immer eine Heimat	493	40
Ferber, Markus	Politische-Studien-Zeitgespräch: Markus Ferber übernimmt den HSS-Vorsitz	489	6	Hausner, Verena	Editorial: Wir müssen uns Bildung leisten	494	3
Fruhner-Weiß, Ramona	Politik vor Ort – Kommunalwahlen 2020	489	13	Hausner, Verena	Welche Bildung brauchen wir?	494	14
Fruhner-Weiß, Ramona	Die Kommunalwahl in Bayern	489	17	Herr, Vincent-Immanuel	Mitmachen! Jetzt erst recht	492	30
Füracker, Albert	Unsere lebenswerte Heimat Bayern	493	16	Hirscher, Gerhard	Editorial: Das Virus und die Demokratie	491	3
Fürbeth, Barbara	Editorial: Wir müssen die Umwelt schützen	490	3	Holetschek, Klaus	Das Jahrzehnt der Gesundheit	493	56
Fürbeth, Barbara	Editorial: Unsere Jugend verdient es, ernst genommen zu werden!	492	3	Houngbedji, Gbeognin Mickael	Politische-Studien-Zeitgespräch: Nachgefragt bei Stipendiaten der Hanns-Seidel-Stiftung	492	6
Fürbeth, Barbara	Editorial: Ohne Heimat ist man entwurzelt	493	3	Kaiser, Markus	Vom Wahlplakat zu Social Media	489	26
Gottal, Daniel	Von der gesundheitlichen zur ökonomischen Krise	493	47	Klein, Michael B.	Politische-Studien-Zeitgespräch: Meere im Wandel	490	6
Haller, André	Die US-Wahl 2020	493	62	Krämer, Benjamin	Populismus und Medien	491	26
				Kreft, Heinrich	Die USA zwischen Rückzug und Engagement	494	42
				Lang, Jürgen P.	Volk und Feind	491	18

Autor	Titel	Heft	Seite
von Luttitz, Stephanie	Verstaubt oder cool?	492	36
Meidinger, Heinz-Peter	Was ist gute Bildung heute, was sind gute Schulen morgen?	494	34
Michael, Hendrik	Die US-Wahl 2020	493	62
Noack, Patrick Ole	Landwirtschaft 4.0	490	27
Onaran, Tijen	Sichtbarkeit als Voraussetzung für digitale Teilhabe	492	24
Pabst, Martin	Algerien ist in Bewegung	489	54
Pabst, Martin	Deutsche Initiative zur Lösung des Libyen-Konflikts	490	50
Pfaffinger, Teresa	Jugend bewegt sich	492	20
Pichler, Hannes	Deutsche Außenpolitik nach Corona	491	46
Pietraß, Manuela	Die Bedeutung der Medien für die Bildung	494	26
Podiuk, Hans	Politische-Studien-Zeitgespräch: 42 Jahre Münchner Stadtpolitik	491	6
Reiner, Thomas	Editorial: Mitmachen, Mitbestimmen, Mitgestalten	489	3
Rosenbusch, Bernd	Umweltbewusst mobil sein	490	38
Rudner, Michael	Landwirtschaft 4.0	490	27
Schiebel, Christoph	Vor der Krise ist nach der Krise	492	44
Schmuck, Desirée	Populismus und Medien	491	26
Schützeneder, Jonas	Vor der Krise ist nach der Krise	492	44
Simon, Matthias	Das gute Wohnen in Stadt und Land	489	40
Speer, Martin	Mitmachen! Jetzt erst recht	492	30

Autor	Titel	Heft	Seite
Stadelmann, David	Von der gesundheitlichen zur ökonomischen Krise	493	47
Storm, Corinna	Die Bildung der Zukunft	494	18
Umbach, Frank	Der European Green Deal	494	50
Zengerle, Arno	Wir können Energiewende	489	46
Zimmer, Kathrin Barbara	Hackathons als Teamevents für Jugendliche	491	57

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen/ bestellt werden:



AKTUELLE ANALYSEN
79 Klimaschutzbewegung und Linksextremismus – Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren

AKTUELLE ANALYSEN
80 Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise – Perspektiven und Handlungsoptionen im geökonomischen Wettbewerb zwischen den USA und China (in Deutsch und in Englisch)



AKTUELLE ANALYSEN
81 Mit KI gegen die Pandemie? Über den Einsatz Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen



KOMPASS
Wehrhafte Demokratie – Wegweiser im digitalen Raum für ehrenamtlich und politisch Verantwortliche

75 „ENTHÜLLUNGEN ÜBER EINE PARTEI“
Was Sie über die CSU wissen sollten

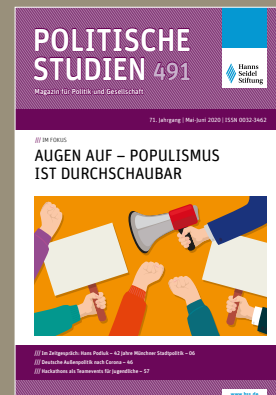


VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN
Nr. 495 „Corona und die gesellschaftlichen Auswirkungen“ mit Beiträgen von Josephine Hofmann, Bernhard Seidenath und Natascha Zowislo-Grünewald

POLITISCHE STUDIEN 6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!



BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich kostenlos und versandkostenfrei:

Menge	Titel
	PS 493: Heimat – Mehr als nur ein Ort
	PS 492: Jugend bewegt sich
	PS 491: Augen auf – Populismus ist durchschaubar
	PS 490: An die Welt von morgen denken
	PS 489: Politik vor Ort – Kommunalwahlen 2020
	PS 488: Abgehängt auf dem Land?

Ich möchte die „Politischen Studien“ (PS) im Abonnement.

Hanns-Seidel-Stiftung
Referat „Publikationen“
Lazarettstr. 33
80636 München

per Fax: +49 (0)89 12 58-469

Ihre Adresse bitte lesbar
in Druckbuchstaben:

Institution

Vorname, Name

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse
(falls Informationen per E-Mail erwünscht)

Telefon

Datum, Unterschrift

Herausgeber:

© 2020, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdB
Generalsekretär: Oliver Jörg
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

Redaktion:

Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

Graphik: trurnit GmbH | trurnit Publishers

Druck: Kern GmbH, Bexbach

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:
iStock.com/Bet_Noire

